

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Notverordnungen im Ausverkauf

Weihnachtsfrieden befohlen!

Verordnung gegen Terror — aber Hitlers Privatarmee bleibt / Keine freie Arztwahl mehr / Die Tore der „Volksvertretung“ bleiben geschlossen

Die neuen Geschenke

Bei den Verhandlungen der Reichsregierung mit den Ländervertretern ist diesen mitgeteilt worden, daß die Reichsregierung für die Weihnachtszeit für politischen Burgfrieden Sorge tragen will. Es kommt ein Erlaß mit Wirkung für das ganze Reichsgebiet, durch den für die Weihnachtszeit jede politische Betätigung in Wort und Schrift verboten wird. Dieser Burgfrieden soll bis einschließlich 6. Januar, dem Fest der Heiligen Drei Könige, dauern.

Für diese Zeit des Weihnachts-Burgfriedens ist jede politische Versammlung, jeder politische Aufzug untersagt. Auch für Plakate gilt das Verbot politischer Betätigung.

Nicht betroffen von dem Verbot wird die Presse. Die Zeitungen werden im Gegenteil für diese Zeit des Burgfriedens die einzige Möglichkeit politischer Betätigung bieten.

Nach der geschichtlichen Tradition der Deutschen pflegen die Revolutionäre keine Rasenflächen zu betreten und außerdem zu Weihnachten keine Revolution zu machen. Es ist nur ein Zeichen der ungeheuerlich überspannten sozialen Gegensätze, die die Regierung befürchten lassen, daß es in diesem Jahr nicht „stille“, sondern blutige Weihnachten geben könnte. „Frieden auf Erden“ werden aber nicht durch Notverordnungen geschaffen, am allerwenigsten, wenn gerade an diesem sentimental Feiertag der Gegensatz zwischen Armut und Reichtum sich besonders kraß auftut und mit besonderer Bitternis gefühlt wird.

„Anti-Terror-Verordnung“

Je mehr Notverordnungen die Reichsregierung erläßt, um so blutiger wird der deutsche Bürgerkrieg, in dem wir uns befinden. Die Regierung glaubt offenbar immer noch, die explodierenden Klassengegensätze mit Gewalt unterdrücken zu können.

Zwischen Reichsregierung und Ländervertretern haben Besprechungen über Notverordnungsmaßnahmen stattgefunden, die der Bekämpfung des politischen Terrors gelten sollen. Vor allem will man dem Mißbrauch der Waffen entgegenwirken. Zu diesem Zweck liegt dem Reichskabinett eine Ermächtigungsverordnung für die Länderregierungen vor.

Durch dieses Ermächtigungskolleg, das zum Notverordnungsprogramm gehört, werden die Länderregierungen befugt, „für gefährdete Bezirke“ eine allgemeine Entwaffnungsaktion durchzuführen.

Technisch ist vorgesehen, daß die Länderregierungen jederzeit für einen bestimmten Bezirk, den sie als gefährdet ansehen, eine Anmelde- und Ablieferungspflicht für Waffen verfügen. Diese Anmelde- und Ablieferungspflicht soll über alle Waffenarten gelten. Nicht nur für Schusswaffen, sondern auch für Hieb- und Stichwaffen.

Weiter wird die Notverordnung gegen den Waffenmißbrauch eine Konzessionspflicht für die Waffenindustrie einführen, eine solche Konzessionspflicht besteht bisher nicht. Auch hier wiederum soll sich die Maßnahme auf Waffen aller Art, auf Schuß-, Hieb- und Stichwaffen erstrecken. Die Konzessionierung für Waffenherstellung soll in Zukunft von Bedingungen abhängig gemacht werden. Dabei ist wohl praktisch vorgesehen, daß den Landesbehörden die Möglichkeit gegeben wird, die Herstellung bestimmter Waffen unter Umständen überhaupt unmöglich zu machen.

Würde die Regierung dieselbe Energie, die sie — an sich berechtigt — der Bekämpfung des Terrors widmet, für die Bekämpfung des Hungers aufbringen, dann würde sich die Serie der Notverordnungen erübrigen.

Im übrigen dürfte die Anwendung der neuen Anti-Terror-Verordnung wieder recht einseitig werden. Der „Bayrische Kurier“ bringt z. B. eine sehr detaillierte Schilderung der Hitlerschen „Privatarmee“. Danach ist ihr Aufbau (nur die Namen sind geändert) dem Vorbild der Vorkriegsarmee nachgebildet. Die

„Scharen“ (Gruppen) sind zu „Trupps“ (Zügen) vereinigt, die wiederum den „Sturm“ (Kompagnie) bilden. Die Stürme bilden den „Sturmbann“ (Bataillon), die in „Standarten“ (Regiment) zusammengefaßt sind. Die Standarten bilden die „Untergruppen“ (Brigaden) und diese wiederum die „Gruppen“ (Divisionen).

Daneben existieren noch die Spezialtruppen SS (Schutzstaffel), die die Polizei des „Dritten Reiches“ darstellen sollen, ferner Kraftfahrkorps, Sanitätsabteilungen und -lazarette, Fliegertruppen.

Und dann die Herren Offiziere! „Chef des Stabes“, „Generalinspektor“, „Reichsarzt“ usw.

Wo bleibt die Notverordnung, die gegen diesen organisierten Terror sich wendet? Oder darf der Innenminister nicht mehr wagen, gegen diese Terrorbanden vorzugehen?

Keine freie Arztwahl mehr

Die Notverordnung wird keine Verschlechterungsmöglichkeit vergessen

TU Berlin, 4. Dezember.

Zur der Erklärung, die Ministerialdirektor Rieser im Haushaltsausschuß des Reichstages über die bevorstehende Notverordnung bezüglich der Krankenversicherung abgegeben hat, erfährt die Telegraphen-Union ergänzend: Nach dieser Notverordnung wird der Reichsausschuß für Aerzte und Krankenkassen künftig nicht mehr Richtlinien, sondern Bestimmungen über das Vertragsrecht zwischen Aerzten und Krankenkassen und Zulassungsbestimmungen herausgeben. Die Gebühren der Krankenkassen für die Aerzte sind an die kassenärztlichen Organisationen abzuführen. Damit ist die Verpflichtung der Kasse gegenüber dem Einzelkassenarzt erloschen. Außerdem wird verfügt, daß die Paragraphen 363 bis 371 der Reichsversicherungsordnung aufgehoben werden, soweit die Bestimmungen des Reichsausschusses ihnen entgegenstehen.

Praktisch bedeutet dies, daß die bisherigen Verabredungen zwischen Aerzten und Krankenkassen, deren Annahme bisher an dem Stimmverhältnis von drei zu drei gescheitert war, durch den Reichsausschuß für Aerzte und Krankenkassen selbst, in dem ein Stimmverhältnis von sieben zu drei bestehen würde, angenommen werden dürften.

Der Reichstag bleibt zu Hause!

Einberufung des Reichstages im Aeltestenausschuß abgelehnt.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschäftigte sich am Freitag abend mit dem Antrag der Kommunisten auf Reichstagsseinberufung. In der Sitzung, die etwa eine Viertelstunde dauerte, gab Staatssekretär Pünder die Erklärung ab, daß die Reichsregierung um Ablehnung des Antrages bitte. In der Abstimmung traten für den Antrag auf Reichstagsseinberufung nur die Kommunisten, die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ein, während sich die Vertreter der Wirtschaftspartei und des Landvolks der Stimme enthielten. Die Einberufung wurde abgelehnt.

Auf dem Rest

Das Reichswehrministerium

Berlin, 3. Dezember.

Die Herren Militärjuristen in der Bendlerstraße haben wieder einmal schwitzen müssen. Die böse „Weltbühne“ soll wegen einer Betrachtung, die Ignaz Wrobel dort zum Antikriegstag veröffentlicht hat, vor den Kadi. Diesmal soll Moabit den Vorzug haben, nicht Leipzig. Die gestern auch von uns übernommene Mitteilung der Telegraphenunion, die Wrobels Vergleich zwischen Krieg und Mord als Landesverrat justifiziert wissen wollte, war also irreführend. Das Reichswehrministerium versucht nämlich Wrobels Vergleich in den Tatbestandsrahmen der Beleidigungsparagraphen zu pressen, obwohl in der ganzen Glosse von Soldaten des alten wie des neuen Heeres mit keinem Worte gesprochen wird.

Die Herren Militärjuristen meinen ja auch eigentlich ein ganz anderes Delikt. Es ist bloß noch nicht erfunden. Wir sind aber gern erbötig, ihnen die kleine Mühe abzunehmen und wollen gleich den Namen vorschlagen: Kriegs-Lästerung.

Wer den gottgewollten und gottgesandten Krieg lästert, begeht mittelbar ein Verbrechen gegen die kapitalistische Gottheit selbst und sollte nach einem neu zu schaffenden Ergänzungsparagraphen des § 166 (Gotteslästerung) künftig strafbar sein.

Solange ein solcher Paragraph noch nicht zu Recht besteht, wird immer Gefahr sein, daß so strafwürdige „Verbrocher“, wie der Wrobel einer ist, durch die Maschen des Beleidigungsparagraphen schlüpfen können.

Vielleicht erbarmt sich in seinem großen Verständnis für die militärischen Notwendigkeiten der Herr Generalfeldmarschall und Reichspräsident und besichert dem hungrigen Volke mit seiner neuesten Notverordnung auch einen strafrechtlichen Schutz gegen die frechen Kriegs-Lästerer, die die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch ihre bösartige Verleumdung des Krieges so erheblich stören.

Ein Pyrrhussieg MacDonalds

Im Unterhaus wurde am Donnerstag abend mit einer Mehrheit von 326 Stimmen die Regierungserklärung über die britische Indienpolitik angenommen und damit die Aussprache über die indische Frage geschlossen. Der Gegenantrag Churchills wurde mit 249 gegen 48 Stimmen abgelehnt. (Dem Scharfschützer

Ruhe vor dem Sturm

F. R. Berlin, 4. Dezember.

Ein kleines Kind ist in einer Laube erfroren, weil der Vater, ein Wohlfahrtsempfänger, keine Wohnung hatte und selbst die kleine Laube nicht heizen konnte. Es war nur ein kleines Kind, das 14 Tage gelebt hatte, und doch weinte die Mutter bitterlich vor dem armseligen Leichnam, denn sie hatte ihre besten Säfte und Kräfte an dieses Wesen gegeben.

Viele kleine Kinder sterben täglich in Berlin und allen andern Städten und Orten des Reiches. Nach Kindern und Erwachsenen greifen die Knochenarme des Elends und die Krise wird zum Totengräber für Leben und Glück einer ganzen Generation. Denn auch die andern, die nicht sterben, leben nicht mehr. Sie vegetieren nur dahin, von einer Mietszahlung zur andern, von einem Stempeltag zum andern, von einem geringen Lohn zu einem noch geringeren, von einer Sorge zur nächsten Sorge. Ein graues Leichentuch liegt über Deutschland — aber die Regierung befiehlt uns, optimistisch zu sein. Zum Weihnachtsfest soll der Burgfrieden geschlossen bleiben, und wenn die Töpfe leer und die Stuben kalt sind, soll wenigstens aus jedem Haus das Halleluja seliger Festesfreude erklingen.

Die tägliche Meldung vom Kriegsschauplatz der Krise wird weiter nicht beachtet. Sie verschwindet in der Fülle ähnlicher Meldungen. Die Nachrichtenbüros melden nur noch besonders krasse Fälle, denn der gleichmäßige Elendszug ist schon keine Sensation mehr, auch die Leser stumpfen ab, denn sie haben am eigenen Elend genug. Man müßte sie zusammenstellen zu Verlustlisten dieses grausamsten Kriegs der Gegenwart, in dem nicht offen gemordet, sondern heimlich und allmählich gemeuchelt wird. Die bitterste Not ist eine Massenerscheinung geworden, aber die Masse hockt noch in den traurigen Höhlen und zeigt sich nicht.

Auf den Kohlenhalden liegen die Kohlen im Ueberfluß, in den Speichern verfault der Weizen, verfaulen Lebensmittel in gewaltigen Mengen. Aber die Massen frieren und hungern. Wie lange noch werden sie passiv zuschauen, wie lange noch wird uns die tägliche Meldung über Selbstmord und Tod von ihrem Leben und Sterben berichten?

Täglich wird die ökonomische, die politische und internationale Lage beschrieben, analysiert, besprochen und berechnet von allen Seiten. Inzwischen verdirbt und stirbt das Volk. Inzwischen wächst die Not ins Ungeheure.

Aber die Herren in Deutschland sollen sich keinen Täuschungen darüber hingeben, daß die augenblickliche Ruhe keine Kirchhofsruhe ist, es ist die Ruhe vor dem Sturm.

In den Arbeiterwohnungen und Elendsquartieren sammeln sich Empörung und Verzweiflungsstimmung an, aus tausend kleinen Bächen wird der Strom gespeist, der bald mit aller Macht hervorbrechen muß. „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ sagt die Polizei, sagt Brüning und deklamiert Severing. Die proletarischen Massen werden den Herrschaften bald beweisen, daß es auch andere Bürgerpflichten gibt.

So dumpf und grau war es schon manchmal in der Geschichte, so lastendes Elend fin-

den wir immer dort, wo bald nachher die revolutionäre Flamme der Empörung zum Himmel schlug. „Die Grenze der Geduld ist erreicht“ schrieben die Peterburger Arbeiter an die Spitze der Petition, die im Januar 1905 zum Zarenpalast getragen wurde. So traurig und dümpel war es im Deutschland der Kriegszeit, bevor im November 1918 die ganze Herrlichkeit zusammenbrach.

Auch damals war die tägliche Meldung das Zeichen dafür, wie tief das Barometer der Lebenskraft des Volkes gesunken war. Hunderttausend solcher Meldungen zu einem Berg geschichtet, wurden zum Golgatha eines hungernden Volkes und einer herabsinkenden Klasse. Aber der Umschwung kam. Die tägliche Meldung hatte andere zu melden als passives Verenden und nutzloses Sterben. Sie kündete von Aufopferung, Mut, Siegesglauben.

Wir stehen an der Schwelle eines Uebergangs.

Die Justiz des Klassenstaates

Nazi brauchen sich um Regierungsanordnungen nicht zu kümmern

Köln, 3. Dezember 1931.

Vor dem Kölner Bezirksausschuß wurde heute eine Klage des Westdeutschen Beobachters gegen den Kölner Regierungspräsidenten verhandelt, der das nationalsozialistische Organ kurz vor dem Volksentscheid verboten hatte, weil es den Aufruf der Regierung nicht veröffentlicht, dafür aber gegen die Regierung Stellung genommen hatte. Der Bezirksausschuß gab der Klage des Westdeutschen Beobachters mit der Begründung statt, daß die Ausführungen der nationalsozialistischen Zeitung bei Berücksichtigung der politischen Hochspannung nicht die Ruhe und Sicherheit zu stören geeignet gewesen wären.

Die Karikatur der Demokratie

Der Thüringische Landtag sprach am Donnerstag der Regierung mit 51 sozialdemokratischen, nationalsozialistischen und kommunistischen Stimmen gegen 18 Stimmen die Mißbilligung aus, weil sie den angenommenen (!) Antrag auf Kürzung der Ministergehälter nicht durchführen will. Die — offenbar von der thüringischen Regierung stammende — Mitteilung über diese Abstimmung schließt mit dem Satz: „Irgendwelche Folgerungen hat die Annahme der Entscheidung nicht.“ — Das ist die Demokratie, die die SPD mit den ungeheuerlichsten sozialen Opfern „verteidigt“!

Cebrißens: Mit übelster Demagogie erklärt die sächsische SPD-Presse jetzt täglich, die SAP kämpe in einer Front mit den Nazis, weil diese ebenso wie wir das kommunistische Volksgesetz in Sachsen unterstützen. Hier in Thüringen ist die SPD in akkurat der gleichen Front. Ob die SPD-Propaganda die Unehrlichkeit solcher Argumente begreifen?

Kein Tag ohne Mord!

Wieder Hinrichtungen in Polen

Warschau, 4. Dezember.

Das Strafgericht in Grodno hat am Donnerstag im Aufnahmeverfahren die beiden Weißrussen Lukaszyk und Gonczaruk wegen Spionage zugunsten Sowjetrußlands zum Tode verurteilt. Da die Begnadigung von seiten des Staatspräsidenten nicht erfolgte, wurde das Urteil am Freitag vormittag vollstreckt.

Ein Dampfer gestrandet

27 Mann ertrunken?

Stockholm, 4. Dezember.

An Bord des deutschen Dampfers „Mildburg“, der bei der Insel Oeland strandete, beanden sich 27 Mann! davon gehörten 19 zur deutschen Besatzung. Der Rest war von den beiden schwedischen Bergungsdampfern auf das Wrack überführt worden, um bei den Bergungsarbeiten behilflich zu sein. Während die Rettungsarbeiten zunächst erfolgreich verliefen, setzte gegen Abend orkanartiger Sturm ein. Als die beiden Bergungsdampfer die Bugsierdrossen gekappt und notgedrungen die „Mildburg“ verlassen hatten, bat der deutsche Dampfer den Leuchtturm Grönhagen durch Funkspruch um Hilfe, worauf ein Rettungsboot ausgesetzt wurde. Die „Mildburg“ war zu dieser Zeit abermals auf Grund gestoßen. Das Rettungsboot ist bisher noch nicht zurückgekehrt. Die Brandung hat sich nicht gelegt, so daß man ernste Besorgnisse um das Boot hat. Die letzte Mitteilung der „Mildburg“ besagte, daß die eigenen Rettungsboote vernichtet seien. Die „Mildburg“ ist zwar mit Holz beladen, aber man hat wenig Hoffnung, daß das Wrack, das ein großes Leck erhalten hat, sich schwimmend halten kann. Man befürchtet vielmehr, daß die Brandung das Schiff zerbricht und die Ladung weggetrieben wird. Besonders besorgt ist man um das Schicksal der 27 an Bord befindlichen Personen, da die Funksprüche plötzlich aufgehört haben.

Weihnachtsbeihilfe in Mecklenburg. Im mecklenburg-schwerinschen Landtag wurde am Donnerstag die von den Sozialdemokraten und Kommunisten beantragte Weihnachtsbeihilfe beraten und schließlich angenommen.

Der brave Faschistenhüpfing. Mit Befriedigung stellt der „Evening Standard“ fest, daß Italien keinen Einspruch gegen die neuen englischen Zölle erhoben habe, sondern daß Mussolini ausdrücklich das Recht Englands, Maßnahmen zu seinem eigenen Besten zu ergreifen, anerkannt habe. Dies verdiente im Hinblick auf die Haltung anderer Staaten besonders vermerkt zu werden.

Ohne Feigenblatt:

Löhne werden gesenkt

Fußtritte für die Sozialdemokratie

„Der Deutsche“, das Blatt des Arbeitsministers Stegerwald, das es also wissen muß, stellt in seiner Sonnabend-Nummer fest, daß Preis- und Lohnabbau zugleich erfolgen werden. „Germania“ und „Kölnische Volkszeitung“ bestätigen, daß die Reichsregierung die Preis- und Lohnfrage gleichzeitig in Angriff nehmen und durch Notverordnung für die Herabsetzung von Preisen und Löhnen einen bestimmten Termin festsetzen wolle.

In klarem, nüchternem Deutsch übertragen heißt das, daß die Löhne tatsächlich herabgesetzt werden, und zwar beschleunigt, und daß man zum Frost eine Bestimmung für Preisherabsetzung erläßt, die kein Teufel ernst nimmt.

Gegen den Reiz der sozialreaktionären und politischen reaktionären Notverordnungen sperrt die Sozialdemokratie nicht einen Regenschirm, wohl aber das Sprechorgan weit auf. Charakteristisch für ihr vollständig geschwundenes Prestige ist das, was „Der Deutsche“ höhnisch dazu bemerkt. Er schreibt:

„Daraufhin (auf diese ‚gleichzeitigkeit‘ der Preis- und Lohnherabsetzung) soll sich, wie man hört, die Haltung der Sozialdemokraten erheblich verfeinert haben. Der Kanzler hat bis heute die Vertreter der Sozialdemokratie nicht empfangen, und es ist kaum anzunehmen, daß diese Besprechung überhaupt vor Fertigstellung der Notverordnung zustande kommen wird. In der sozialdemokratischen Presse werden sehr radikale Töne angeschlagen; und in Stuttgart hat der Parteivorsitzende Weis erklärt, alles hätte seine Grenzen und diese Grenze sei mit der neuen Notverordnung erreicht. Die Absicht, nochmals Lohnkürzungen zu diktieren, werde auf erbitterten Widerstand bei der Sozialdemokratie stoßen. Sie werde dem Kanzler wohl die Frage stellen, mit wem er denn regieren wolle.“

Es wäre falsch, nun zu meinen, die ganze Sozialdemokratie sei jetzt dem radikalen Kurs verfallen. Ein großer Teil ist nach wie vor für ein weiteres Tolerieren des Kanzlers und seiner Politik. In der Hauptsache, um weiter den Nationalsozialisten den Weg zur Macht zu verlegen. Allerdings heißt es, sie wollten für diese Tolerierung einen neuen Preis: ein Herausschieben der Wahlen in Preußen.

Man sieht: Gerüchte und Drohungen, wie immer vor Entscheidungen.“

So kann ein Blatt des tolerierten Zentrums, das doch auch gleichzeitig Koalitionsgenosse in Preußen ist, mit der immer noch stärksten Partei umspringen! Schon die Brückierung durch den Reichskanzler, der die sozialdemokratischen Führer einfach nicht mehr empfängt (Der „Vorwärts“ wagt seinen Lesern gegenüber schamhaft nur von einer „Verschiebung“ zu sprechen), spricht Bände für die Rolle, die die Sozialdemokratie jetzt spielt. Man wagt es, ihr Fußtritte zu geben in der Überzeugung, daß sie nicht mehr schaden kann, und schließlich schweifwedelnd zur Tolerierung auch einer Koalition mit Hitler angebrochen kommt. Ein trauriges, einen jeden Proletarier empörendes Schicksal, aber ein Schicksal, das jedenfalls diese „Führer“ verdient haben. Um die Klassen-genossen kann es einem bitter leid tun!

Doch noch empfangen!

Brüning sagt: Abwarten!

Wie unmittelbar vor Redaktionsschluß die Telegraphen-Union meldet, sind die Abgeordneten Breitscheid, Hertz, Graßmann und Hilferding von Brüning doch noch empfangen worden und haben ihm nach dem Bericht von sozialdemokratischer Seite mitgeteilt, daß die sozialdemokratische Fraktion außerordentlich verstimmt sei, weil es die Regierung an der

nötigen Entschlossenheit gegen den faschistischen Terror fehlen lasse, und daß der Versuch, die Löhne weiter zu senken, auf den entschiedensten Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften stoßen würde.

Bezeichnend ist der Schluß des sozialdemokratischen Kommuniqués, der so lautet:

„Der Reichskanzler legte die Absichten dar, von denen sich die Reichsregierung bei den neuen Notverordnungen leiten lasse, versicherte aber, daß über ihre Gestaltung in den Einzelheiten noch nichts Näheres feststeht.“

Das heißt also, Herr Brüning hat nichts zugesagt, sondern hat kaltblütig den sozialdemokratischen Vertretern „Abwarten!“ empfohlen — oder soll man sagen: befohlen?

Neue Verurteilungen wegen Stahlhelm-Ausspähung

Das Oberlandesgericht Breslau verurteilte wegen versuchten Verbrechens gegen § 1 des Spionagegesetzes den Schlosser Wandzjuk zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und den tschechoslowakischen Staatsangehörigen Konetzny wegen der gleichen Straftat unter Zubilligung mildernder Umstände zu 1½ Jahren Gefängnis.

Die beiden Verurteilten sind im Zusammenhang mit der Stahlhelmparade vom 31. Mai 1931 in Breslau zusammen mit dem bereits vor vierzehn Tagen abgeurteilten polnischen Staatsangehörigen Sternal verhaftet worden. Charakteristisch ist, daß die Nachricht von der Verurteilung Wandzjucks und Konetzny ohne die Mitteilung ins Land geht, daß es sich auch hier um die berühmte „Ausspähung“ der privaten Vereinigung Stahlhelm handelt, die von den Gerichten des Staates bestraft wird und die im Ausland so großes Aufsehen erregt hat.

Freiherr v. Reibnitz gestürzt

Die Niederlage der Sozialdemokratie

Der Mecklenburg-Strelitzer Landtag nahm am Freitag nachmittag den von den Deutschen eingebrachten Mißtrauensantrag gegen den Staatsminister Dr. Freiherr von Reibnitz mit 22 gegen 18 sozialdemokratische Stimmen an. Der Staatsminister erklärte hierauf, daß er die Abgeordneten Fröhneke, Schreckhaus und Gundlach ihrer Ämter als Staatsräte enthebe. Der deutschnationale Abgeordnete Dr. von Michael wurde dann auf Grund der vorliegenden Anträge zum mecklenburg-strelitzschen Staatsminister ernannt.

Völkerbundsrat ratlos

Paris, 3. Dezember

Wegen der noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten hielt der Völkerbundsrat am Donnerstag keine Sitzung ab. Die chinesischen Vertreter erwarten neue Anweisungen aus Nanking.

Die Japaner wiederum sind unzufrieden mit Briand. Sie finden den Ton seiner Erklärung „anstößig“, weil er den Eindruck hervorruft, daß den Chinesen Unrecht geschehen sei und daß die Japaner als Angeklagte vor Gericht stünden (!).

Inzwischen transportieren sie neue Truppen nach Tsitsikar und lassen eine neue Regierung für die Provinz Heitung Kiang bilden, die den General Ma bereits als „außerhalb der Gesetze stehend“ erklärt hat. Neuer Kampf ist um Tsitsikar entbrannt; erhebliche Verluste für beide Parteien werden gemeldet.

Nach einer Mitteilung des japanischen Kriegsministeriums betragen die Gesamtverluste der Japaner seit dem Beginn des mandchurischen Konfliktes am 18. September 210 Tote, darunter 12 Offiziere, und 473 Verletzte, darunter 27 Offiziere.

Rußland fürchtet neue schwere Verwicklungen, die es selbst in Mitleidenschaft ziehen würden. Durch starken Einspruch der USA und Englands sei es gelungen, die japanische Offensive gegen Kintschau zum Stillstand zu bringen. Das japanische Vorgehen in der Nordmandschurei sei aber nicht abgeschlossen, und in Paris lege man wenig Wert darauf, das japanische Vordringen in der Mandschurei aufzuhalten. Es sei nun zu erwarten, daß sich Japan auf Kosten der Nordmandschurei schadlos halten werde. Die Arbeit des geplanten Untersuchungsausschusses werde auf die militärischen Operationen Japans in der Umgebung der chinesischen Ostbahn keinen Einfluß haben.

Um des lieben Friedens willen

London, 3. Dezember.

Das Kriegsministerium hat einen neuen Scheinwerfer von ungewöhnlicher Stärke geprüft, der es möglich machen soll, bei feindlichen Luftangriffen die Flugzeuge innerhalb einer Minute und in großen Höhen zu erfassen. Im Lichte dieses Scheinwerfers bieten die Flugzeuge der Abwehrartillerie ausgezeichnete Zielscheiben. Der neue Scheinwerfer ist nach Ansicht des Kriegsministeriums ein wertvoller Verteidigungsschutz.

Revolution in San Salvador

New York, 3. Dezember.

Wie das Washingtoner Staatsdepartement erfährt, ist in der mittelamerikanischen Republik San Salvador eine Revolution ausgebrochen, über deren Ursachen und Umfang aber noch keine näheren Einzelheiten vorliegen.

New York, 4. Dezember.

Wie aus Mexiko Stadt berichtet wird, soll nach einer allerdings unbestätigten Meldung aus San Salvador der Finanzminister von Revolutionären erschossen worden sein. Präsident Araujo soll abgesetzt und eingekerkert worden sein. Von den Revolutionären wurden drei Militärdiktatoren eingesetzt, die die sofortige Durchführung von Neuwahlen versprochen haben.

Nach Meldungen, die über Honduras gekommen sind, sind in der Hauptstadt San Salvador bisher 20 Aufständische erschossen worden. Die in zwei Festungswerken nahe der Hauptstadt liegenden Regimenter haben den Präsidentenpalast unter Feuer

genommen. In der ganzen Hauptstadt haben Unruhen stattgefunden. Eine strenge Nachrichtenzensur wurde verhängt.

Das Feuer der zwei Forts wurde, nach einer Meldung der Londoner „Daily Mail“, von der Garnison eines anderen Forts, die regierungstreuen geblieben war, erwidert, und mehrere Stunden lang fortgesetzt. Am Donnerstag waren alle Geschäftshäuser in San Salvador geschlossen. Der Gesandte von San Salvador in Washington hat nach einer Meldung von „Exchange Telegraph“ seinerseits erklärt, daß es sich lediglich um kleinere Unruhen handle, die wegen der am kommenden Sonntag stattfindenden Bürgerschaftswahlen entstanden seien.

50 Todesopfer!

Der Aufstand in San Salvador hat bisher 50 Todesopfer gefordert. Darunter befinden sich auch zwei Diplomaten.

„Der Klassenkampf“

Das erste Heft der alten, beinahe ungeklauten Zeitschrift ist erschienen. Sie enthält zunächst einen programmatischen Artikel von Max Seydewitz, „Unser Ziel und unsere Aufgabe“, der die neuen Aufgaben der Zeitschrift umreißt und zu einigen Streitfragen („Demokratie oder Diktatur?“, „Pazifismus“) klärend Stellung nimmt und Richtlinien für die Parteiarbeit, insbesondere zur Frage der „Abwehrkartelle“ gibt. Wackerle behandelt gründlich die Frage unserer „Stellung zur Gewerkschaftsbewegung“ und Schneider behandelt ergänzend die kommunistische RGO. August Siemsen zeigt unsere Stellung zu und in den Kulturorganisationen der Arbeiterklasse. Das Heft bringt ferner eine reichhaltige Kulturumschau und eine Anzahl von Notizen, die den Versuch des Laub-Verlages, sich unsere Zeitschrift „anzueignen“ zum Gegenstand haben.

Von einer Reihe geplanter Neueinführungen bringt als erste dieses Heft eine vierseitige Beilage „Der Schulungskurs“ zur Frage der Krise des kapitalistischen Systems, die sowohl als Unterlage für Schulungskurse als auch für die Ausarbeitung von Referaten begrüßt werden wird.

Der Preis für das reichhaltige Heft beträgt 0,45 Mark — Vierteljährlich 1,25 Mark; Ausland 1,55 Mark.

Der Bezug des Klassenkampf erfolgt am besten durch das für die Wohnung des Bestellers zuständige Postamt (Postzustellungsliste Berlin-Schöneberg). Das Postamt wird zuerst beliefert und bietet deshalb auch Gewähr für schnellste Zustellung. — Auch kann der Bezug durch die Buchhandlungen, beim örtlichen Literatur-Obmann oder unter Kreuzband direkt vom Verlag erfolgen. Das entstehende Versandporto wird nur innerhalb Deutschlands nicht berechnet. — Die Zahlung muß jedes Vierteljahr vor dem Versand der dritten Nummer auf das Postcheckkonto der Freien Verlagsgesellschaft Berlin Nr.

151 261 und Wien Postscheckkonto Ruth Seydewitz Nr. 155 716 erfolgen. Bestellungen aus dem Ausland muß der Vierteljahresbetrag beigefügt werden. — Rechnung wird nicht versandt, jedoch Zahlkarte bzw. Erlagschein vierteljährlich dem ersten Heft beigefügt. — Die neue Nummer wird erst nach Eingang des Betrages für die letzten Nummern ausgeliefert.

Die Zahlung für den „Klassenkampf“ muß vierteljährlich im voraus, also 1,25 Mark, erfolgen. Da das Dezemberheft ebenfalls noch zu bezahlen ist, wird es zweckmäßig sein, diese 45 Pfennig der Zahlung von 1,25 Mark für das I. Quartal 1932 gleich beizufügen. Diejenigen Bezieher, die beim Laub-Verlag bereits im voraus bezahlt haben, sind berechtigt, die Zahlung vom Laub-Verlag zurückzufordern, wenn sie den „Klassenkampf“ weiterbeziehen. Da der Laub-Verlag sich geweigert hat, den Herausgebern die Originalkartothek auszuhandigen, kann es vorkommen, daß der eine oder der andere Abonnent diese Nummer nicht geliefert bekommt. Macht eure Freunde auf das Erscheinen des „Klassenkampf“ aufmerksam und meldet die Nichtlieferung der „Freien Verlagsgesellschaft“. Unterstützt unsern Kampf durch pünktliche Zahlung der Abonnementsgebühren. Zahlungen sind zu leisten auf das Postcheckkonto der „Freien Verlagsgesellschaft m. b. H. Berlin Nr. 151 261“. Zahlkarte liegt dem Heft bei. Auf der Zahlkarte muß vermerkt sein, daß die Zahlung für den „Klassenkampf“ gelten soll.

Nach den mit dem Laub-Verlag getroffenen Vereinbarungen erhalten die bisherigen Bezieher des „Klassenkampf“ im Dezember den „Klassenkampf“ und die „MarxistischeTribüne“ geliefert. Ab Januar gelten alle die als „Klassenkampf“-Bezieher, die ihn nicht ausdrücklich bei der „Freien Verlagsgesellschaft“ abbestellt haben. Das gleiche gilt für die Postbezieher, die noch im Dezember dem Briefträger erklären müssen, ob sie das Abonnement für den „Klassenkampf“ erneuern.

Rehabilitierung des Hingerichteten?

Justizskandal Jakubowski

CNB Neustrelitz, 4. Dezember. Das Wiederaufnahmeverfahren Jakubowski steht, wie die Landeszeitung für beide Mecklenburg meldet, dicht vor dem Abschluß. Der Vertreter der Eltern des seinerzeit hingerichteten Josef Jakubowski, Rechtsanwalt Dr. Brandt (Berlin), der bekanntlich das Wiederaufnahmeverfahren betreibt, hat die Freisprechung Jakubowskis beantragt. Dem Vernehmen nach hat der Vertreter der Staatsanwaltschaft in diesem Prozeß, Landgerichtsrat Hundt, seinerseits ebenfalls die Freisprechung, und zwar wegen Mangels an Beweisen, beantragt. Nunmehr wird die Strafkammer beim Landgericht Neustrelitz in erster Instanz zu entscheiden haben.

*

Dieser Fall kennzeichnet die deutsche Klassenjustiz — er ist ein Stigma, das einmal in den Schullehrbüchern der sozialistischen Gesellschaft die Schande der Rechtsprechung unserer Bourgeoisrepublik künden wird. Jakubowski ist hingerichtet — hingerichtet auf Grund eines vagen Indizienbeweises. Und kein Wiederaufnahmeverfahren kann ihn wieder zum Leben erwecken, kann die Hinrichtung revidieren.

Aber immer noch besteht die Todesstrafe! Und auch die preußische Staatsregierung, in der die Sozialdemokraten Braun, Severing und Grimme sitzen, hält an dieser Strafform prinzipiell fest (wie der Fall Kürten gezeigt hat).

Mit dem ganzen bürgerlichen Klassenstaat muß die Todesstrafe guillotiniert werden!

Vollstreckungsschutz

Auch ein Kapitel Klassenstaat
Hamburg, 4. Dezember.

Auf der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein erklärte Kammerdirektor Dr. Thyssen, der Reichsernährungsminister habe ihn ermächtigt, mitzuteilen, daß er zum Schutz der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft gegen Zwangsversteigerungen eine Vorlage ausgearbeitet habe, die einen Vollstreckungsschutz vorsehe. Diese Vorlage hoffe der Minister noch innerhalb dieser Woche im Kabinett zur Verabschiedung zu bringen.

Der Landwirt wird also in Zukunft fällige Schulden nicht mehr zu bezahlen brauchen — dem Proleten aber wird rücksichtslos alles, was dem einen oder anderen aus besseren Tagen geblieben sein mag, gepfändet, wenn er nicht „freiwillig“ das letzte Bett ins Leihhaus geschleppt hat.

14 Grad Kälte

M.L.D. Küstrin, 3. Dezember.

Durch den starken Frost der letzten Tage ist das Thermometer in der Grenzmark bis auf 14 Grad gesunken. Der Steinbruch in Grüneberg und das dazu gehörige Schotterwerk mußten wegen des Frostes geschlossen werden. Rund 100 Arbeiter mußten entlassen werden.

Ich wohne bei einem Mörder

Wie Reins zum Mörder wurde

Demnächst beginnt in Berlin der große Prozeß gegen den Briefträgermörder Ernst Reins. Im folgenden schildert ein Untermieter, der in der Wohnung des Reins wohnte, die Umwelt, in der Reins aufwuchs und zum Mörder wurde.

Er sitzt draußen in der Küche bei einem Teller Suppe und liest. Wer? Reins. Der Briefträgermörder Reins? Ja, der spätere Mörder Ernst Reins. So über Detektivschmökern — und besseren Sachen — hockend, liest er oft bis spät in die Nacht, bis 2 oder 3 Uhr. Dann wirft er sich ins Bett und ist morgens nicht in die Höhe zu bekommen. Wenn er am späten Vormittag von seiner Mutter geweckt wird, braust er manchmal auf. Wie andere auch.

Ist er faul? Arbeitsscheu? Die Mutter sagte mir einmal: „Er versucht durch vielen Schlaf am Essen zu sparen.“ Früher wollte er Technik studieren. Es war kein Geld da, er wurde Maurer. Und arbeitslos. Wie viele Millionen. Von Monat zu Monat wird die Unterstützung geringer, die Erwerbslosigkeit hoffnungsloser. Wozu also aufstehen?

Seine große Passion ist Segeln. Aber sein kleines Boot hat man ihm gestohlen.

Er ist kein Phantast. Eher ruhig und kühl. Wir sind beide nicht sehr gesellschaftlich und grüßten uns meist nur kurz. Neulich aber kamen wir ins Gespräch. Er schilderte die Lage auf dem Baumarkt. Was er sagte, war durchdacht, mit Zahlen belegt, aber trostlos für die weitere Zukunft. Es stimmte ja.

Er hatte sich innerlich abgekapselt von der übrigen Welt. Sein Verhältnis zu der Mutter, den Schwestern schien etwas fremd, überlegen. Die Mutter geht durch dick und dünn mit den Kindern. Ihr Mann ist in einer Irrenanstalt. Mehr als ein Dutzend Kinder erblickte erst gar nicht das Licht der Welt — die Krankheit des Vaters. Drei blieben

gesund, scheinbar, Ernst und seine beiden Schwestern. Niemand merkt, daß sie erblich belastet sind.

Reins hält wohl nicht viel von den Schwestern. Sie sollen flott leben. Aber die Ältere ist ruhig in Haltung und Sprache, kocht auch manchmal — aber ich habe sie wenig lachen gesehen. In den Bars soll es anders gewesen sein. Morphium? Jedenfalls ein Doppelleben.

Die Jüngere, Hanna, ist siebzehn. Ein dralles, grob bemaltes Mädel, das sich gern bei Müttern im Bett kuschelt. Um dann die Nächte in ganz anderen Betten zu verbringen. Ein überreifes Kind, das Konfitüren, Grammophon und das Schoßhündchen liebt und leben will — leben wie die Töchter der Reichen. Die im eigenen Auto in die nächtlichen Abenteuer rasen. Die nicht so jung sind wie sie, bei weitem nicht so hübsch — und denen sie selber tagsüber teure Toiletten vorführen muß, die sie selbst nie bekommt.

Es gibt Millionen solcher Menschen wie diese drei. Man braucht sich vor ihnen nicht in acht nehmen. Wenn Ernst in mein Zimmer wollte — bitte, ich schließe nie ab. Tags nicht und nachts nicht. Er könnte mich ermorden — aber er wird es nie tun. So etwas müßte man einem Menschen doch ansehen . . .

*

Eines Morgens um halb sieben läutet es. Stimmengewirr im Korridor. Ein Aufschluchzen, das ist meine Wirtin. Meine Tür wird aufgerissen, zwei Herren fragen mich, wer ich sei. Ich solle mitkommen.

Durch den grünen Tiergarten geht es in das rote Gebäude, in dem auf jeder Tür ein „Kriminalkommissär“ steht. Ich solle Aussagen über Ernst Reins machen.

Was hat der Junge bloß angestellt? Ich lese Zeitungen nicht auf Morde hin durch,

sonst wüßte ich, wessen man ihn verdächtigt. So sitze ich da und denke: Der Hengel hat geklaut. Nach einem Jahre ohne Arbeit . . . Da fragt jemand: „Halten Sie den Reins eines Raubmordes fähig?“

*

Zu Hause. Die Wohnung ist jetzt noch ausgestorbener. Ich sitze keine fünf Minuten in meinem Hausrock, da geht die erste Klingel. Herein tritt ein junger Mann von einer Zeitung.

„Halten Sie den Reins eines Raubmordes fähig?“

Das Telefon rast den ganzen Tag wie wild. Es ist eingeschlossen im Zimmer meiner Wirtin, es rast vergebens.

Einer fragt: „Ist Herr Reins zu Hause?“ Fräulein Reins? So, . . . also nicht. Von der Krankenkasse . . . Natürlich soll er krank sein, sonst wäre ich nicht hier.“ Na, dem sperren sie sicher das Krankengeld.

Abends kommen die Verwandten. Verweilt. Mit der Zeitung in der Hand. Keiner kann das begreifen . . .

Dabei war die Tat so klug ausgedacht. Schwierigkeiten einkalkuliert. Als die Vermieterin, schon einmal fortgeschickt, zu früh zurückkommt, wird sie zur Apotheke gesandt — er sei ausgeglitten.

Schauerlich. Früher schreckte ich zurück, wenn ich an solche Täter nur dachte. Heute?

Bei unverschlossener Tür habe ich monatelang neben jemandem geschlafen, der mit Mordgedanken herumging. Mir erschien er als ein gewöhnlicher Mensch, wie ich, wie Y, wie Z. Erblich belastet zwar, aber äußerlich gesund. Ein junger Mensch, der arbeiten wollte — und keine Arbeit fand . . . Da hat er gemordet.

Dr. T. K. Bergen (Berlin).

Schneefall in Schlesien

Breslau, 4. Dezember.

In der vergangenen Nacht ist in den Sudetenländern Schnee gefallen. Die Schneehöhe beträgt durchschnittlich zwei bis fünf Zentimeter. In den höheren Lagen der schlesischen Berge ist gleichfalls, wenn auch nur geringerer Schneefall niedergegangen.

Ein neuer Goldmacher

Paris, 3. Dezember.

Der Goldmacher Tausend hat in Frankreich einen Nachfolger gefunden. Es handelt sich um den aus Polen stammenden angeblichen früheren Professor an der Lemberger Technik Dunikowski, der sein neues Verfahren, aus minderwertigen Mineralien Gold zu erzeugen, an zwei französische Gesellschaften für chemische Industrie verkauft hat. Bei den vorangegangenen Versuchen fand sich tatsächlich Gold in geringen Mengen in den von Dunikowski verwendeten Mineralien. Die beiden Gesellschaften übergaben dem Erfinder 1 Million Francs zur Konstruktion eines größeren Apparates. Dunikowski wußte aber die Konstruktion und

die für Mai d. J. angekündigten ersten Versuche mit dem neuen Apparat immer wieder hinauszuschieben, so daß die beiden Gesellschaften endlich die Anzeige erstatteten. Auf Grund dieser Anzeige wurde Dunikowski gestern verhaftet.

Flecktyphus-Epidemie in Polen

Wie aus Wilna gemeldet wird, ist im dortigen Gebiet eine Flecktyphus-Epidemie ausgebrochen. Gegenwärtig erkranken drei bis vier Personen täglich. Es sind eine Reihe gesundheitspolizeilicher Maßnahmen getroffen worden, um die Seuche zu ersticken.

Leningrad selbständiges Wirtschaftsgebiet

Auf Grund eines Beschlusses des Vollziehungskomitees Großrußlands wurde die Stadt Leningrad als selbständiges Wirtschaftsgebiet erklärt. Die damit ihr zugesprochene selbständige Verwaltung untersteht in Zukunft nur dem Rat der Volkskommissare Großrußlands. Die Selbstverwaltung Leningrads hat infolge der vielen russischen Industriewerke für das Wirtschaftsleben der Sowjetunion erhebliche Bedeutung.

Das mikroskopische Auge

Der New Yorker Bankier Alfred L. Loomis, der wissenschaftliche Forschungen zunächst als Steckenpferd betrieb und dann schon bedeutende Erfolge errungen hat, kündigt jetzt eine neue Erfindung an, die er zusammen mit Prof. E. Newton Harvey gemacht hat. Es handelt sich dabei um ein „Auge“, mit dem neue Kenntnisse über die Grundmerkmale der Zelle erlangt worden sind. Bei den Versuchen mit dem neuen Apparat wurden Eier von Meertieren verwendet. Das „Auge“ besteht in einer sich drehenden Scheibe unter einem Mikroskop und synchronisiertem Licht, das den millionsten Teil einer Sekunde aufflammt, wenn sich die Zelle genau unter dem Mikroskop befindet. Der Beobachter erhält dadurch den Eindruck, als ob er einen feststehenden Körper betrachte, während die Scheibe, die mit einer Geschwindigkeit von 10 000 Umdrehungen in der Minute rotiert, eine außerordentliche Zentrifugalkraft entwickelt, durch die das Ei gänzlich aufgespalten wird. Aus dem Verhalten der Oberfläche und seiner inneren Teile ist es möglich gewesen, gewisse unbekannte Erscheinungen von Wichtigkeit zu beobachten, die neues Licht auf die Biologie der Zelle werfen.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Grefenverlag Rudolstadt)

17. Fortsetzung

Inzwischen waren Dr. Geyer und Hedi Wehner vor der Haustür angekommen. Sie plauderten dort noch eine Zeitlang; dann nahm Dr. Geyer Hedis Köpfchen in seine Hände, drückte einen langen, langen Kuß auf den Mund, und küßte sie dann erst auf die rechte Backe, dann auf die linke Backe.

„Entsetzlich“, flüsterte Fräulein Groß dem Hammer zu.

Inzwischen hatten sich Dr. Geyer und Hedi getrennt. Kaum aber hatte Hedi die Stufe, die zur Haustür führte, betreten, da rief ihr Dr. Geyer nach, sie solle noch einmal zurückkommen. Hedi lief auf Dr. Geyer zu.

„Ich will dir nur noch einen Kuß geben zum Abschied“, sagte Dr. Geyer und drückte noch einmal seine Lippen auf ihren Mund. Sie hatte die beiden Arme um Dr. Geyer geschlungen und drückte sich fest an ihn an.

„Gute Nacht, Liebster, schlaf recht gut“, rief sie schließlich und machte sich los von ihm.

„Vergiß deine Übungen nicht, Hederlein“, rief ihr Dr. Geyer nach, dann verschwand sie im Hause.

„Das ist wirklich ein hoher Grad von Verwahrlosung“, sagte Fräulein Groß leise zu Hammer, „entsetzlich zu denken, daß die siebzehnjährige Schwester und das Kind so etwas mitansehen müssen.“

„Nur ruhig“, erwiderte Hammer, „es kommt noch besser.“

Inzwischen war in Hedi Wehners Wohnung Licht geworden, in dem Zimmer, das Hammer

als vermietet an den Zimmerherrn bezeichnet hatte. Der Zimmermieter war verreist, Hedi bewohnte während dieser Zeit sein Zimmer.

Die beiden Späher im Gebüsch sahen deutlich Hedis Schattenrisse. Sie konnten beobachten, wie sie den Hut und den Mantel auszog, wie sie anfang, sich weiter zu entkleiden. Da kam die große Überraschung. Das Fenster wurde geöffnet und Hedi erschien im Fensterrahmen nur mit dem Hemdhöschchen bekleidet. Sorgfältig schaute sie nach allen Seiten. Alles dunkel. An allen Fenstern ringsherum kein Licht mehr zu sehen. Ein Ruck und sie hatte das Hemd abgestreift. Nacht stand sie am geöffneten Fenster. Sie griff mit den Händen nach dem Fensterkreuz, sie zog sich daran in die Höhe, bog den Oberkörper zurück und atmete tief auf. Dann ließ sie sich auf den Boden des Zimmers herab. Ihr Oberkörper verschwand. Sie machte die große Rumpfbeuge. Armbewegungen folgten, Rumpffrollen und Beinschwingen, alles was sie an Körperübungen im gymnastischen Unterricht gelernt hatte.

Hammer stieß Fräulein Groß mit dem Ellenbogen an.

„Sehen Sie, jetzt macht sie ihre Nackttänze, jeden Abend tut sie das“, flüsterte er, „und da hinten im Hintergrund sind die Herren, die zuschauen, sehen Sie nicht die Schatten?“

„Nein, die Herren sehe ich nicht“, gab Fräulein Groß im Flüsterton zurück.

„Sie müssen herüberkommen an meine rechte Seite“, raunte ihr Hammer zu, „da

können Sie ganz deutlich sehen, wie zwei Männer im Hintergrund stehen und zusehen.“

Fräulein Groß krabbelte über Hammer hinweg an dessen rechte Seite.

„Ganz nah müssen Sie her“, flüsterte Hammer.

Ganz nah schmiegte sich Fräulein Groß an Hammer an, ihr linkes Bein lag zwischen seinen Beinen, sie blieb auf seinem Schoß sitzen. Ihre Wangen schmiegte sie eng an diejenige des Hammer.

„Sehen Sie's jetzt“, fragte Hammer, „im Hintergrund rechts der Schatten, das ist ein Mann.“

„Ich sehe es“, hauchte Fräulein Groß.

„Und drüben links der Schatten an der Wand, das ist auch ein Mann.“

Fräulein Groß hob das Gesicht etwas in die Höhe, um besser sehen zu können. Hammer stützte sie dabei und legte seinen Arm um ihren Nacken. Ganz zärtlich drückte er sie dabei an sich.

„Ich sehe es“, flüsterte Fräulein Groß, „es ist ein Mann.“

Hedi holte inzwischen ihr Nachthemd aus dem Bett und schlüpfte hinein. Ein langgezogener Schatten entstand an der Wand.

„Sehen Sie, sehen Sie, jetzt hat sie sich nackt dem Mann an den Hals gehängt“, flüsterte Hammer dem Fräulein Groß ins Ohr.

„Es ist richtig“, hauchte Fräulein Groß zurück, „ich sehe alles.“

Da wurde das Licht in Hedi Wehners Zimmer ausgedreht. Hammer stand auf. Widerwillig erhob sich auch Fräulein Groß. Es war so schade, daß nur zwei Männer zu sehen waren. Sie hätte noch viele Schatten als Männer identifiziert, solange sie auf Hammers Schoß saß. Es hat doch seine Reize, auf einem männlichen Schoß zu sitzen und

Wange an Wange aneinanderzuschmiegen, auch wenn der Mann nur ein Schutzmann ist, der dadurch seine Amtspflichten in aufopfernder Weise erfüllt.

„Am nächsten Tage ließ sich Fräulein Groß beim Bürgermeister melden.“

„Es ist so schlimm“, sagte sie, „daß ich den Bericht nicht erstatten kann, ohne zu erröten. Ein so großes Maß von Schamlosigkeit ist mir in meiner ganzen Praxis noch nicht begegnet. Wenn hier nicht eingegriffen wird, so müssen die Schwester und das Kind rettungslos verwahrlosten.“

Dann schilderte sie, wie sie gesehen hat, daß die Hedi Wehner vor zwei Männern nackt getanzt und sich hernach splitternackt dem einen von den beiden Männern an die Brust geworfen habe. Was nachher in der Dunkelheit noch geschehen sei, das wisse sie nicht, aber es sei nicht schwer, zu erraten, was die Hedi Wehner mit den beiden Männern getrieben habe, nachdem sie das Licht ausgelöscht hatte.

„Ich hab's ja gleich gewußt, daß da nicht alles sauber ist“, sagte der Bürgermeister, „solchem Gesindel muß der Staat seine eiserne Faust zeigen. Von Sittlichkeit haben die überhaupt keinen Begriff. Das muß ihnen erst mit Gewalt beigebracht werden.“

„Sie haben Ihre Sache glänzend gemacht, Fräulein Groß“, setzte er dann hinzu, „ich werde mich zur geeigneten Zeit daran erinnern.“

Dann tauchte der Bürgermeister die Feder ein und schrieb mit befriedigtem Gesicht auf den anonymen Brief:

„An das Amtsgericht (Vormundschaftsgericht) Weinsburg mit dem Antrag auf Verhängung der Fürsorgeerziehung über die minderjährige Auguste Wehner.“

(Fortsetzung folgt)

Sklareks Zukunftspläne

Unwahre Aussage des Bürgermeisters Scholtz

Zu Beginn der Freitag-Verhandlung des Sklarek-Prozesses kommt ein Vorfall zur Sprache, der sich auf dem Gerichtskorridor abgespielt haben soll. Dort soll Leo Sklarek zu dem Angeklagten Sakolofski geäußert haben: „Gleichgültig wie das Theater hier ausgeht, wir werden wieder einen neuen Laden aufmachen und Sie, mein lieber „Sak“, werden doch auch dabei sein.“ Es entspinnt sich eine längere heftige Diskussion, in deren Verlauf der Vorsitzende als Quelle die „Deutsche Zeitung“ anführt. Vielleicht sieht diese Äußerung Leo Sklareks in Zusammenhang mit den Presse-meldungen, daß der Schneider der Sklareks, Fischer, eine Firma gegründet habe (deren Mitinhaber die Frauen der Sklareks sein sollen), die von der BVG große Aufträge durch Vermittlung Brolets erhalten habe.

Sehr wichtig ist, daß drei Aufsichtsratsmitglieder, die Zeugen Braun, Bublitz und Schindler, übereinstimmend bekundeten, daß die Darstellung des Bürgermeisters Scholtz über die Unterlassung der Strafverfolgung der Kieburgschen Bilanzfälschungen falsch ist. Scholtz hatte behauptet, im Auftrage des Magistrats eine Anfrage an den Aufsichtsrat bezüglich der Strafverfolgung Kieburgs gerichtet zu haben. Der Aufsichtsrat habe sich dann im Sinne der Zwecklosigkeit strafrechtlicher Schritte ausgesprochen. Demgegenüber behaupten alle drei Zeugen, daß eine solche Anfrage des Scholtz nie Gegenstand einer Aufsichtsratsitzung gewesen ist. Daß im Gegenteil der Aufsichtsrat dem Magistrat, dem durch Schaldach berichtet wurde, alle weiteren Schritte überlassen habe. Damit erscheint die Rolle, die Scholtz in dieser Angelegenheit spielte, in der Tat als reichlich fragwürdig.

Entschieden Stellung genommen werden muß gegen die Haltung des Vorsitzenden, der der Versuch des Rechtsanwalts Kurzig, die bereits stark erschütterte Aussage des Zeugen Scholtz vollends zu Fall zu bringen, dadurch vereitelte, daß er die durchaus erhebliche Frage nicht zuließ.

Warum geht's uns schlecht?

Hugenberg sagt: weil wir Sozialismus haben!

Auf der Tagung der Parteivertretung der DNVP hat Hugenberg den Höhepunkt geistiger sind Folgen des kapitalistischen Systems. Bewahre, sagt der Geheime Rat: In Zeiten, in denen Elend, Not und Konkurrenz wie raffende in denen ein knapp gestellter Mittelstand, beginnend mit nur 3000 Mark Einkommen, höchstens noch etwa 9 Prozent nicht etwa der ger Verwirrung seiner Zuhörer vorausgesetzt und bestätigt erhalten. Arbeitslosigkeit, Hunger, Bevölkerung im Land umhergehen, in Zeiten, Bevölkerung, sondern der Einkommenbezieher ausmacht und diejenigen über 12000 Mark nicht mal 1 Prozent — in solchen Zeiten ist es doppelt gefährlich, etwas ganz anderes zu verkünden, als die ganz einfache nackte traurige Wahrheit: das ist das Ergebnis unseres Sozialismus. Das ist nicht etwa mit Sozialismus zu heilen, sondern nur mit einer ganz gründlichen Abkehr vom Sozialismus.

Solchen Unsinn auszusprechen wagen, darf man wohl nur vor deutschnationalen Gehirnen.

Die Bank für Handel und Grundbesitz zusammengebrochen

Am 2. Dezember hat die Bank für Handel und Grundbesitz ihre Zahlungen eingestellt. Die Bank zählte in erster Linie Hausbesitzer zu ihren Kunden. Den starken Abzügen in den letzten Monaten war die Bank nicht gewachsen.

Sie wird wohl nicht das letzte Kreditinstitut sein, daß im Verlauf der Krise auf der Strecke bleibt.

Beratung über den zweiten Fünfjahresplan

Einberufung des Parteikongresses

Moskau (über Kowno), 3. Dezember.

Im Namen des Zentralvollzugsausschusses der Kommunistischen Partei hat Stalin zum 20. Januar 1932 den 17. Parteikongreß einberufen. Die Tagesordnung sieht entscheidende Beratung über den zweiten Fünfjahresplan und Vortrag des Volkswirtschaftsrats über die Ergebnisse der Industrialisierung für 1931 sowie über ihre Aussichten für das Jahr 1932 vor.

Keine Inflation?

London, 4. Dezember.

Die „Times“ rechnet im Gegensatz zu der „Financial News“ mit der Möglichkeit, daß der ungedeckte Notenumlauf wegen der Weihnachtsbedürfnisse zeitweilig vermehrt werden müsse. Da aber der Sterlingumlauf niemals ausgenutzt sei, so bedeute diese Maßnahme, die nur zeitweiligen Charakter tragen werde, keineswegs eine Inflation.

Es braucht hierzu nur gesagt zu werden, daß bei solchen Maßnahmen das Gesetz der schiefen Ebene wirksam zu werden pflegt. Inflationen beginnen meist mit gegenteiligen Versicherungen; aber schwerlich wird England aus dem verderblichen Kreislauf, wo eins ins andere greift, herauskommen.

Wie der Wirtschaftsrat gerettet wurde

Die Beratungen des von der Reichsregierung berufenen „Wirtschaftsbeirates“ waren von vornherein in Dunkel gehüllt. Doch noch dunkler war die Beteiligung der Gewerkschaftsvertreter in diesem Beirat. Es tauchten die widersprechendsten Meldungen über die Stellungnahme dieser Gewerkschaftsvertreter (es waren Christen, Hirsch-Duncker und Freie) in der letzten Arbeitssitzung des Beirats, der Vollsetzung am 22. November, auf. Der „Vorwärts“ wußte voreilig von einer geharnischten „Erklärung“ zu berichten, die Graßmann im Namen sämtlicher Gewerkschaftsvertreter (der Christen, Hirsche und Freien) abzugeben hätte. Nachher stellte es sich heraus, daß diese „Vorwärts“-Meldung falsch war, weil in dieser Vollsetzung gar keine „scharf formulierte Erklärung“ abgegeben worden war, sondern die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen hatten hübsch hintereinander „in durchaus versöhnlichem Tone“ (wie die Christen berichteten) bloß ihre „Bedenken“ geäußert.

Wir erfahren nachträglich, daß sämtliche Gewerkschaftsvertreter (die Christen, Hirsche und Freien) in einer besonderen Zusammenkunft vor der Vollsetzung eine gemeinsame, schriftlich formulierte „Gegenerklärung“ gegen die Brüningschen Leitsätze, die der Vollsetzung zur Annahme vorgelegt werden sollten, ausgearbeitet hatten. Diese tatsächlich „scharf formulierte Gegenerklärung“ sollte von Graßmann im Namen sämtlicher Gewerkschaftsvertreter vorgebracht werden. Aber Graßmann hat nun in der Vollsetzung zum Erstaunen aller (?) diese schriftlich formulierte Gegenerklärung nicht vorgebracht. Weshalb tat Graßmann das nicht? — Hatten die Christen und Hirsche im letzten Augenblick einen Zurückzieher ge-

macht und hatten die Freien nicht den Mut, nunmehr allein vorzugehen? Oder haben auch die Freien von gewisser Seite noch im letzten Augenblick eine Verwarnung erhalten? — Nun, das Ergebnis der „Unterlassung“ Graßmanns war das: Die Beratungen des Wirtschaftsbeirates nahmen ein „friedliches Ende“, und Brünig konnte mit einigem Recht zu seinen bekannten „Schlußfolgerungen“ aus den Beratungen des Wirtschaftsbeirates gelangen. Wenn nun der Bundesausschuß des ADGB einige Tage später im Kreise seiner Lieben „entschiedensten Protest“ gegen diese Schlußfolgerungen erhoben hat, so ist das wieder die altbekannte, gut bewährte Taktik: „Wie sage ich es meinem Mitgliede?“ — Uebrigens hat Graßmann in seinem Bericht über die Beratungen des Wirtschaftsbeirates in Nr. 48 der „Gewerkschaftszeitung“ es vergessen, über die geplante Abgabe einer gemeinsamen, schriftlich formulierten Gegenerklärung aller Gewerkschaftsvertreter und der stattgefundenen Unterlassung dieser Abgabe zu berichten. So informiert der AGDB seine eigenen Mitglieder!

Die dieser Vollsetzung folgende feierliche Schlußsitzung des „Wirtschaftsbeirates“ der Reichsregierung am 23. November konnte nach dem friedlichen Ausgang der Vollsetzung „ebenfalls friedlich“ enden. Die Abwesenheit der Vertreter des Afa-Bundes, die anscheinend aus Protest gegen die „Unterlassung“ Graßmanns erfolgte, fiel überhaupt nicht auf. Wie denn überhaupt der „kleine“ Afa-Bund bei seinem „großen“ Bruder, dem AGDB, recht wenig in die Erscheinung tritt. Bräu A. G.“ in Nürnberg kann die Stammaktionäre mit 14 und die Vorzugsaktionäre mit 16 Prozent erfreuen, was durch Einspa-

rungen auf der Ausgabenseite möglich geworden ist. Dabei werden wohl die Löhne das meiste gebracht haben. Die „Brauerei Feldschlößchen A. G.“ in Braunschweig, sowie die „Sandlerbräu A. G.“ in Kulmbach zahlen 10 Prozent, die „Bamberger Mälzerei A. G.“ 6 Prozent und die „Brauerei Geismann A. G.“ in Fürth 7 Prozent. Die „Bavaria und St. Paulbrauerei A. G.“ in Altona will 9 Prozent ausschütten, dieselbe Dividendenhöhe will die „Bayreuther Bierbrauerei A. G.“ der Generalversammlung vorschlagen und die „Stettiner Brauerei A. G.“ will 10 Prozent in Vorschlag bringen. Die „Berliner Kindl-Brauerei“ schießt aber den Vogel ab mit 16 Prozent auf die Stammaktien und 18 Prozent auf die Stamm-Prioritätsaktien.

Wie die deutschen Wirtschaftsführer die deutsche Wirtschaft sabotieren, zeigt eine Mitteilung, die der „Proletarier“, das Gewerkschaftsblatt des Fabrikarbeiter-Verbandes bringt. Danach legt der Linoleum-Trust das gut eingerichtete Werk „Maximiliansau“ still, nachdem dort die Herstellung einer neuen Sorte Linoleum ausprobiert ist und läßt das neue Linoleum im Ausland anfertigen. Dabei ist Maximiliansau ein modern eingerichtetes Werk. „Von den sieben in Deutschland befindlichen Werken sind jetzt, Maximiliansau eingerechnet, vier stillgelegt, dafür werden die Auslandswerke ausgebaut, die deutschen Arbeiter und Angestellten aber auf die Straße gesetzt, dagegen die Zahl der Generaldirektoren von zwei auf fünf erhöht, ferner für weitere 18 Direktoren einträgliche Stellen eingerichtet und pensionierten Direktoren Beträge zugeschanzt, von denen Hunderte von Arbeiterfamilien leben könnten. „Mit Recht überschreibt der „Proletarier“ diese Nachricht „Ein neuer Wirtschaftsskandal.“

Gescheitert!

Die deutsch-französischen Chemieverhandlungen am Ende

Z.N. Berlin, 29. November.

Der Versuch zu einem Chemiepakt, eines der großen zwischen Frankreich und Deutschland projektierten „Geschäfte“, dessen Ausgang für die ganze Finanz- und Industriezusammenarbeit zwischen den beiden Ländern beispielgebend sein dürfte, hat sich in diesen Tagen zerschlagen.

Es handelt sich um die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen chemischen Industrien, repräsentiert einerseits von den IG-Farben, andererseits von den Etablissements Kuhlmann, die mit französischem Geld finanziert werden sollte. Die IG-Farben, für die Herr Schmitz die Finanzverhandlungen leitet, suchte einen französischen Kredit zwischen 1 und 2 Milliarden Reichsmark. Die französischen Banken waren dazu bereit und in der Lage. Ihre Bedingung war eine Zusammenarbeit zwischen den beiden chemischen Industrien im Export. Die Deutschen erklärten sich damit prinzipiell einverstanden.

Nun wurde über die Höhe der beiderseitigen Geschäftsbeteiligung bei Auslandsgeschäften verhandelt. Nach dem Stande der letzten Jahre ist es so, daß die deutsche chemische Industrie etwa doppelt so viel exportiert wie die französische.

Die Franzosen wollten nun dafür, daß sie das Geld hergaben, als Gegenleistung eine 50%ige Beteiligung, d. h. alle für die chemische Industrie hereinkommenden Auslandsaufträge sollten geteilt werden. Die Deutschen dagegen wollten den dem jetzigen Stande der beiden Exporteure entsprechenden Verteilungsschlüssel von 66 2/3% für Deutschland und 33 1/3% für Frankreich.

Sie wollten nicht zugestehen, daß die Franzosen für den von ihnen allein zu gewährenden Kredit und das von ihnen zu tragende Risiko auf finanziell Gebiet eine Entschädigung auf industriellem Gebiet erhalten sollten. An der festen Haltung der Deutschen hat sich also dieser erste Versuch in der Reihe der unter der Aegide des französischen Botschafters Herrn François-Poncet projektierten großen Geschäfte zwischen den beiden Ländern zerschlagen.

Es ist anzunehmen, daß auch die weiteren Geschäfte zwischen den beiden Ländern, für die das Aushandeln einer Beteiligungsquote erforderlich ist, an derselben Klippe scheitern werden. Denn die Deutschen wollen dabei, wie wir in Berlin zuverlässig feststellen konnten, auf dem gleichen Verhandlungsgrundsatz bestehen, daß die Quoten nur nach dem gegenwärtigen Stande der beiderseitigen Exportindustrien verteilt werden sollen, da die deutsche der französischen Industrie von einigen französischen Spezialitäten abgesehen, überlegen ist, während die Franzosen der Ansicht sind, daß sie für die bei ihnen allein liegende Ermöglichung dieser Geschäfte, d. h. die Finanzierung der deutschen Industrie, die zu französischen Lasten geht, durch Erhöhung ihrer Quote über den jetzigen Stand hinaus entschädigt werden müßten, damit sie sich zur Tragung des finanziellen Risikos veranlaßt sähen.

Das nächste Abkommen dieser Art sollte eines über die Schifffahrt sein. Nach dem Abbruch der chemischen Verhandlungen ist auch in seiner Behandlung eine Stockung eingetreten.

Schlechte Zeiten — hohe Dividenden

Die Zeiten sind schlecht, die Zahl der Arbeitslosen steigt immer mehr, eine neue Notverordnung jagt die andere und die neue wird sicher wieder einen weiteren Lohnabbau bringen. Dabei hört man aber nichts von einem Abbau der Dividenden bei den Werken, die trotz der schlechten Zeiten gute Geschäfte machen und hohe Dividenden ausschütten können, die doch zum größten Teil erst durch die Lohnabbau-Taktik der Regierung Brünig ermöglicht wurden.

Einige Beispiele von Dividenden aus den letzten Wochen: Die „Getreide-Handels A. G.“ in Dresden/Berlin zahlt 10 Prozent. Dasselbe tut die „Maschinenfabrik Emil Offenbacher A. G.“ in Marktredwitz, sowie die „Brauereikohlen und Brikettindustrie A. G.“ in Berlin und die „Druckerei und Appretur-A. G. Brombach.“ 11 Prozent zahlen die „Siedtischen Werke A. G.“ in Kassel und die „Glabbacher Wollindustrie A. G.“ Auf 12 Prozent brachte es die „Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft“ und auf 12 1/2 Prozent die „I. Reichenberg A. G.“ in Berlin. Der „Eschweiler-Bergwerksverein“ zahlt sogar 14 Prozent. Die Rüstungsindustrie kennt auch keine schlechten Zeiten, so zahlen die „Pfälzischen Pulverfabriken A. G.“ in St. Ingbert 15 Prozent, und Schneider-Creuzot, der französische Krupp, sogar 25 Prozent. Die „Nitsche A. G., Kinematographen und Filme“ in Leipzig schlägt der Generalversammlung sogar 20 Prozent Dividende vor.

Die Brauereien haben durchschnittlich ein gutes Geschäftsjahr gehabt, sie verteilen alle

eine mehr oder minder hohe Dividende. Hier hätten es die Arbeiter leicht, die doch die besten Kunden der Brauereien sind, eine Bresche in die kapitalistische Front zu schlagen, die ihnen nur etwas Ueberwindung kosten würde, wenn die vielen Beschlüsse zur Alkoholfrage, die die SPD. auf den verschiedensten Parteitagungen gefaßt hat, mehr beachtet, und nicht nur als weiße Salbe angesehen würden.

Das „Brauhaus Würzburg“ zahlt 8 1/2 Prozent Dividende, trotzdem der Umsatz um 20 Prozent zurückgegangen ist.

Ihre Sorgen Die Butter könnte zu billig werden!

Hamburg, 4. Dezember.

Auf der Tagung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer forderte ihr Direktor, Dr. Thyssen, einen verstärkten Schutz gegen die auf Grund des Währungssturzes preisdrückenden Angebote dänischer Butter, die in Hamburg um 15 Mark billiger angeboten werde als die schleswig-holsteinische Markenbutter.

Es wäre ja auch unausdenkbar, wenn die nordische Inflation nicht nur den deutschen Kapitalisten riesige Schiebergewinne, sondern auch den deutschen Proletariern einmal billige Butter brächte!

Der tägliche Lohnabbau

Tarifabschluß
in der sächsischen Textilindustrie.

Dresden, 4. Dezember.

Bei den Verhandlungen für die Angestellten und Werkmeister der sächsischen Textilindustrie, die in Chemnitz stattfanden, ist es in freier Vereinbarung zu neuen Gehaltstarifverträgen gekommen, die eine Herabsetzung der Gehälter um 5 vH. ab 1. Dezember vorsehen.

Neues Gehaltsabkommen in der westsächsischen Textilindustrie

Chemnitz, 3. Dezember.

In den Verhandlungen für die Angestellten und Werkmeister der westsächsischen Textilindustrie, die gestern und heute stattfanden, ist es gelungen, in freier Vereinbarung Verträge abzuschließen, die eine Herabsetzung der Gehälter um fünf Prozent vorsehen.

Der Schiedsspruch für die Bielefelder Metallindustrie

Dortmund, 3. Dezember.

Der im Lohnstreit in der Bielefelder Metallindustrie am 25. November gefällte Schiedsspruch, der eine Lohnsenkung von 5 Prozent vorsieht, ist vom Arbeitgeberverband angenommen worden. Die Gewerkschaften haben den Schiedsspruch abgelehnt.

Verstaatlichung oder Generalstreik

Ultimatum der spanischen Eisenbahner

Madrid, 3. Dezember.

Die Eisenbahner Spaniens haben beschlossen, in den Generalstreik zu treten, falls die Regierung nicht sofort sämtliche privaten Eisenbahnen verstaatlicht.

In Barcelona wurden wieder mehrere Bomben gefunden und im Zusammenhang damit einige Verhaftungen vorgenommen.

Washington rüstet gegen Hungermarsch

Washington, 3. Dezember.

Die Polizei der Bundeshauptstadt und der Geheimdienst des Weißen Hauses treffen alle Vorbereitungen zum Empfang eines für Montag, den Tag des Kongreßbeginns, hier erwarteten Einzugs eines „Hungermarsches“ aus dem Mittelwesten. Die Teilnehmer an diesem Zuge kommen in Lastautomobilen. Man wird die Demonstration wohl in die Stadt lassen, die Bannmeile wird jedoch strengstens abgesperrt werden, so daß es den Demonstranten nicht möglich sein wird, ins Parlament zu kommen. Es sind auch alle Vorbereitungen zur Verhütung von Ausschreitungen getroffen. (Das kennen wir. Tränengas, Gummiknüppel und Maschinengewehre. Red.)

Lest und verbreitet

die vom Parteivorstand herausgegebenen

Broschüren!

Lokalblatt der SAZ

Reichsausgabe

Ist das sozialistische Jugendarbeit?

Unter dieser Überschrift erschien kürzlich ein Artikel im sozialdemokratischen Blatt Pommerns, dem „Volksbote“. Wir nehmen ungern zu persönlichen Verunglimpfungen und Verleumdungen Stellung, aber hier muß das deshalb geschehen, um endlich auch mal von uns aus aufzuweisen, mit welcher bedenklichen Methode die SAJ in Pommern arbeitet.

Der „Volksbote“ entrüstet sich, daß wir uns bei unserer Werbearbeit an SAJ-ler wenden. In Kolberg sind einige oppositionell eingestellte Jugendgenossen, an die wir uns gewandt haben und die uns zusagten, in Kolberg einen sozialistischen Jugendverband zu gründen und in die SAP einzutreten, wenn dort die SAP-Ortsgruppe gegründet sei. Vorläufig wollten sie in der SAJ ihre Gedanken vertreten. Dem einen Genossen schrieben wir, wenn es ihnen durch Propagierung unserer Ideen gelingen sollte, womöglich mit der Mehrheit des Ortsvereins der SAJ überzutreten, daß dann auch das Ortsvereinsmitglied der Mehrheit gehöre und sie doch auch diese wichtige Tatsache nicht vergessen sollten. Die „Spaltung“ in der SAJ Pommerns ist ebenso wenig beendet, wie irgendwo anders, und im Verlauf weiterer Tolerierungen werden auch wir bedeutende Teile der SAJ noch zu uns herüberziehen. Es ist selbstverständlich, daß wir auch die SAJ-Genossen für revolutionären Klassenkampf gewinnen wollen. Wenn die SAJ-Bezirksleitung sich über diese „Zellen“arbeit, die den inneren Auflösungsprozess der SAJ doch nur beweist, erregt, dann ist das ihr gutes Recht, obwohl es besser wäre, sie würde dem entgegenwirken mit der Kraft der Idee — und vor allem mit dem Überzeugen der „Zellenbildner“ von der Richtigkeit dieser Tolerierungspolitik. Wir machen kein Geheimnis daraus, daß wir auch noch mit anderen Mitgliedern der pommerschen SAJ in Verbindung stehen — trotz aller Warnungen —, die sich noch nicht entschieden haben und die wir weiter überzeugen werden.

Wer sich erregt über diese „Methode“, muß moralisch dazu berechtigt sein. Dazu haben wir festzustellen:

Die Briefe eines Kolberger Jugendgenossen, die er von der provisorischen Bezirksleitung des pommerschen SJV hat, sind von der SAJ-Bezirksleitung erpreßt worden, ebenso die Unterschrift unter eine von diesem aufgesetzte Erklärung. Man sagte dem Genossen, daß man durch „Vertrauensleute“, die man im Stettiner SJV habe, wisse, daß er mit uns in Briefwechsel stehe, daß man, wenn er die Briefe nicht freiwillig herausgäbe, ihn in sämtlichen SPD-Zeitungen Pommerns als Lügner anprangern werde, man mache ihm zwecks Unterschreibung der Erklärung sogar Zugeständnisse persönlich materieller Art und erreichte mit diesen zweifelhaften Methoden, was man wollte — bloß daß man mit dem Material nichts anzufangen wußte. Lediglich durch zusammenhanglos zitierte Sätze wollte man den Eindruck erwecken, als hätten wir die Jugendgenossen, die uns mitteilen, daß sie sich durch diese erpreßte Erklärung nicht gebunden fühlen und treu zur revolutionären Fahne des Proletariats mit dem SJV stehen, aufgefordert, Diebstahl zu begehen.

Dazu haben wir zu sagen: 1. Die SAJ mag uns so viele Spitzel schicken, wie sie will, wir haben nichts zu verheimlichen. 2. Wir stehen zu allem, was wir getan haben, und werden weiter die Jungarbeiter davon überzeugen, daß sie in der SAJ verkehrt organisiert sind und im Interesse des Proletariats nur mit dem SJV kämpfen können. 3. Daß wir allerdings diese bourgeoisen Erpressungsmethoden ablehnen und es äußerst verwerflich finden, junge Menschen einzuschüchtern, ihnen zu drohen und Versprechungen zu machen, anstatt sie zu überzeugen. Die ideologische Grundlage fehlt eben der SAJ völlig, sonst brauchte sie nicht dieses Mittel. Die muß ihr aber auch fehlen, weil die SPD vom Marxismus abgewichen ist und Tarnowismus keine Grundlage für eine proletarische Partei und deren Jugend ist. 4. Daß wir der SAJ auch in Kolberg bald Gelegenheit geben werden, sich mit uns auseinanderzusetzen und hier, wie überall, die anwesende Jungarbeiterschaft dann selbst entscheiden lassen, ob sie zum SJV oder zur SAJ sich wenden will. 5. Die SAJ hat kein Recht, sich moralisch zu entsetzen, und die SAJ-Genossen haben ihre Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir stellen fest, daß wir in Pommern jetzt 100 Jugendgenossen haben; das sind 9 Prozent der SAJ. Die SAJ in Pommern besteht 25 Jahre, wir bestehen zwei Monate.

Wir kennen das Sprichwort — das zum Ton des „Volksbote“-Artikels — daß Hochmut vor den Fall kommt.

Oldenburg

Wir legen Rechenschaft ab. Wenn wir aus unserm kleinstädtisch-agrarischen Bezirk Oldenburg auch nicht den zahlenmäßigen Vormarsch wie in den Industriezentren verzeichnen können, so regt sich doch überall der Kampfgeist der revolutionären Arbeiterschaft. Nach den größeren Orten wie Oldenburg, Osnabrück und Emden stellten wir uns in Hasbergen bei Delmenhorst in öffentlicher Versammlung zum Kampf. Genosse Stockhinger, Bremen, referierte über „Tolerierung oder Klassenkampf?“ und obwohl die SPD-Leitung mit verwandten Organisationen eine scharfe Türkontrolle ausübte, verfolgten die mehr als hundert Anwesenden mit Interesse seine Ausführungen. In der Diskussion sprach ein KPD-Genosse, der sachlich seine Meinung vortrug und damit eine

„Geistige Nothilfe“ statt Brot und Arbeit

Es ist sicher noch vielen Proletariern das Wort Brünnings im Gedächtnis, wonach er ahnungsschwer für den noch bevorstehenden Hungerwinter 1931/32 7 Millionen Arbeitslose prophezeite. Im Hinblick auf diese erschreckende Rekordziffer, die gleichzeitig eine bedenkliche Massengärung unter den Arbeitern zur Folge haben könnte, hat sich die für „Ruhe und Ordnung“ außerordentlich befähigte Reichsregierung zeitig nach staatlichen „Linderungsmitteln“ der Massennot umgesehen.

Bezeichnend ist dabei die rationelle Zusammenarbeit der ausschlaggebenden Ressorts in der Reichsregierung. Der Zentrumskanzler kündigt die Opfer für die Arbeiterklasse an. Der Zentrumsarbeitsminister Stegerwald sanktioniert devot den brutalen Lohnabbau durch die Unternehmerklasse und das Reichswirtschaftsministerium bereitet in enger Fühlung mit den Rechtsverbänden die wirtschaftlichen und sonstigen „Notmaßnahmen“ **Erwerbslosen-Siedlungen und Arbeitsdienst** vor.

Die Reaktion baut mit Zuckerbrot und Peitsche ihre faschistischen Kampfpositionen aus!

Peitsche und Generalsäbel für die rebellierenden Arbeitslosen, lockendes Zuckerbrot für Ordnungswillige, für Objekte der staatlichen Erziehung zu „Sitte, Moral und Arbeitsfreude.“

Aus der Vielheit der Beispiele sei ein Stückchen Zuckerbrottaktik herausgegriffen.

In Frankenthal haben die sorgenden Stadtväter sicher auch das angebliche Wohl der gefährdeten Jugend im Auge gehabt, als sie an die Durchführung der sogenannten „Geistigen Nothilfe“ wirksame Hand anlegten. Insbesondere ist da eine Nothschule für die jugendlichen Erwerbslosen ins Leben gerufen worden, in der sich in „dankenswerter Weise Lehrer fast aller Schulen unentgeltlich zur Verfügung stellen. Diese Schularbeit für „moralisch gefährdete“ Jungproletarier genießt die besondere „Wertschätzung“ des Reichswirtschaftsministeriums. Jugendlichen im Alter von 15—25 Jahren und darüber kann in „zertreffendster“ Weise die bürgerliche Weisheits-

schalmei nach dem neuesten kapitalistischen Klassenschlagger geflötet werden: „Wie ver-gesse — wie verdränge — ich mein Hungergefühl?“

Schauen wir uns mal den Stundenplan dieser philanthropischen Stützungsaktion für hungrige Jungerwerbslose an:

1. Heitere Mathematik. 2. Spionage im Weltkrieg.

3. Ist der Youngplan erfüllbar? 4. Streifzüge durch die menschliche Seele.

5. Ich und die Allgemeinheit, unterhaltsame Spaziergänge durch die Philosophie.

Für jeden, der Verständnis für die Elendslage der Arbeitslosen hat, stellen diese weltfremden Traktätschen eine intime Verhöhnung der Schicht dar, der man dieses schlechende Giftin muckerischer Absicht ein-träufelt!

Die sozialdemokratische Presse veröffentlicht unter der Obhut ihres sozialistischen Kulturpolitikers Riedel dazu folgendes: „Begrüßenswerte Maßnahmen des Volksbildungsvereins im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit.“ „Hoffentlich erfüllt sich die Erwartung, daß die Arbeitslosen von dieser Nothilfe regen Gebrauch machen.“ Da die SPD längst von einer selbstbewußten proletarischen Klassenpolitik abgekommen ist, finden wir es durch-aus begreiflich, daß sie zur Stützung ihrer eigenen politischen Kräuterei diese in Wahrheit höchst schädlichen Nothilfsmaßnahmen begrüßen muß. Das ist für uns ein Grund mehr, in breiter Öffentlichkeit die denkenden Arbeiter auf die reaktionäre Rolle der SPD-Politik hinzuweisen.

Die beste Aktion für die Linderung der Erwerbslosennot in der Gegenwart besteht unserer Auffassung nach darin, alle das politische Denken verwirrende Schleier in der Arbeiterklasse zu lüften, daß sie befähigt werde, die notwendige Selbsthilfeaktion des Proletariats in dieser Zeit durchzuführen; nämlich den Sturz dieses Gesellschaftssystems durch die Aktivierung des revolutionären Bewußtseins vorzubereiten!

Neumünster

Der SPD-Schreck von der politischen Nichtberechtigung der SAP verblaßt mehr und mehr. Tägliche Neuaufnahmen beweisen es. Bisher Unorganisierte ebenso sehr wie lang-jährige SPD-Mitglieder stoßen zu uns. Die schlummernde Kraft bei der SPD, hier erhält sie den Elan, wird Aktivität! In diesem Geist verließ auch die erste Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Neumünster im Aufrug. Genosse Elsner, Hamburg, begrüßte die Anwesenden. Genosse Weiß, Kiel, sprach über unsere Stellungnahme zu den Gewerkschaften. Sie seien keine Institutionen von nur sozial-reformerischen Bestrebungen, keine Ärzte des Kapitalismus, sondern die Kampforganisation der arbeitenden Klasse. Unsere Lösung innerhalb der Gewerkschaften: Hinweg vom Reformismus, her mit politischen Kampf-forderungen! Ferner gab die Versammlung ihrer Entrüstung Ausdruck, daß man das Lehrlingsheim, das aus Subventionen seitens der Gewerkschaften, des Konsumvereins und Privaten erbaut worden ist, in eine Schupokaserne verwandelt hat, während man die Lehrlinge in einem Saal zusammenpferchte, in dem ihnen ganze zwei Kleiderschränke zur Verfügung stehen. Eine Resolution ging ein, die dagegen scharfsten Protest einlegte und die einstimmig angenommen wurde.

Frankfurt a. M.

Die Lohnbewegung der Gemeinde- und Staatsarbeiter steht kurz vor ihrem Abschluß. Es ist mit einer wesentlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu rechnen. Die Bewegung hat im Verlauf des Jahres 1931 folgende Phasen durchlaufen: Am 1. April wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der 6 Prozent Lohnabbau vorsah. Für das Frankfurter Wirtschaftsgebiet wurde eine Lohnschutzklausel vereinbart, die vorsah, daß im Fall einer Arbeitszeitkürzung von mehr als vier Stunden pro Woche, die alten Lohnsätze automatisch wieder in Kraft traten. Der Tarif war für die Zeit vom 1. April bis 30. September 1931 abgeschlossen. Inzwischen wurde die Notverordnung vom 5. Juni erlassen. Sie ordnete an, daß die Löhne der Gemeindearbeiter bis spätestens 1. Oktober 1931 auf das Lohnniveau der Reichsarbeiter gesenkt werden müssen. Anfang August forderte der Kommunalarbeitgeberverband die Gemeinden auf, die Lohnkürzung durchzuführen. Auch der Frankfurter Magistrat verfügte die Durchführung der Lohnkürzung. Die Stadtverordnetenversammlung forderte den Magistrat zur Zurücknahme dieses Lohndiktats auf. Erreicht wurde ein vorläufiger Aufschub. Es fanden erneute Verhandlungen in Berlin statt. Die Unternehmervertreter erklärten, sie selbst hielten diese Notverordnung für hart und undurchführbar. Aber

Rote Einheitsfront an der Universität

Alle marxistischen Studenten ohne Unterschied der Partei und Richtung haben sich an der Universität Frankfurt zu einer gemeinsamen Kampforganisation zusammengeschlossen. In ihrer ersten gemeinsamen Veranstaltung brachten die Referate der Genossin Sevenich (SAP) und des Genossen Dünner (KPD) den Willen zum Ausdruck, über alle parteipolitischen Trennungen hinweg gemeinsam gegen den Faschismus und die Hochschulreaktion zu kämpfen. Gleichzeitig sind sich die roten Studenten bewußt, daß ihr Kampf nur ein Teil des Kampfes ist, den das Proletariat aller Länder gegen das kapitalistische System und für seine Befreiung kämpft. Die neugegründete Rote Studentengruppe (Freie Vereinigung sozialistischer Studenten), die die Mitglieder der KPD, SAP, KPO, Leninbund und auch einzelne Sozialdemokraten umfaßt, stellt sich deshalb an die Seite der revolutionären Arbeiterschaft. In diesem Sinn wird sie ihren Kampf führen, und die erste Versammlung vom 30. November hat ihr gezeigt, daß sie auf dem richtigen Wege ist, denn 20 neue Genossen haben sich an diesem Abend der Vereinigung angeschlossen. Sie fordert die Kommilitonen des ganzen Reiches auf, ihrem Beispiel zu folgen.

was wollen wir machen, wir müssen die Notverordnung durchführen! Es folgten lange Verhandlungen, Vorschläge und Gegen-vorschläge, Drohungen der Arbeitgeber, die Lohnkürzung ohne Vereinbarung durchzuführen, endlich Einigung auf Lohnabbau von etwa 3 1/2 Prozent und Wegfall der Hausstandszulage von 0,03 Mark. Diese Abmachung sollte bis zum 31. November 1931 gültig sein. Die Vertreter des Gesamtverbandes erklärten diesen Abschluß als einen Erfolg! Man habe damit den Tarifvertrag als solchen gerettet! Der Magistrat, einmal im Zug, ist beständig auf dem Sprung, den Gemeindefunktionäre neue Verschlechterungen aufzuzwingen. Im September erklärte der Magistrat, es müßten 450 städtische Arbeiter entlassen werden. Der Verkehrsrückgang und das Sinken des elektrischen Stromverbrauchs erlauben nicht, die gleiche Zahl Arbeiter wie bisher zu beschäftigen. Um diese Entlassungen zu vermeiden, wurde vom Gesamtbetriebsrat mit der Stadtverwaltung eine Arbeitszeitverkürzung von zwei Stunden wöchentlich vereinbart, ohne Lohnausgleich und mit 14tägiger Kündigung. Diese Vereinbarung besteht heute noch. Am 1. November wurde durch Schiedspruch und Verbindlichkeitsklärung eine weitere Lohnkürzung von 4 1/2 Prozent durchgeführt. Der Magistrat erklärte nun, er müsse 305 Arbeiter entlassen. Die Betriebsräte lehnten das ab. Sie stellten den Antrag auf 44stündige Arbeitszeit und Durchführung der Lohnschutzklausel. Der Magistrat machte einen Gegenvorschlag: 44 Stunden Arbeitszeit, 45 Stunden Bezahlung zu einem niedrigen Tarif. Die Straßenbahner sollten 46 Stunden, die Straßenreiniger 45 1/2 Stunden Bezahlung erhalten. Diese Abmachung soll bis zum 31. März 1932 Gültigkeit haben. — Es ist damit zu rechnen, daß sie bis zur Drucklegung bereits abgeschlossen ist. Durch die Annahme dieser Abmachung sollen angeblich Entlassungen verhindert werden. Die städtischen Arbeiter fragen, auf wie lange. Sie sind mit dieser Vereinbarung nicht im geringsten zufrieden, wenn es auch nach außen hin erscheinen mag, als ständen sie hinter der Gewerkschaftsleitung. Ein Beispiel für die rigorose Auswirkung der Lohnkürzung: Ein städtischer Handwerker erhält heute pro Woche 13 Mark weniger als vor dem April 1931. Gewerkschaftspolitik des kleineren Uebels!

Aus dem Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung. Der Hauptausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschloß, den Magistrat zu ersuchen, die Erwerbslosen, Fürsorgeempfänger, Kriegsbeschädigten und Sozialrentner von der Hebegebühr und der Erhebung der Verzugszinsen zu befreien. — Nach dem Bericht des stellvertretenden Kämmers beträgt die Schuld der Stadt Frankfurt a. M. 278 Millionen, eingerechnet 74 Millionen kurzfristiger Schulden. Frankfurt glaubt, seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: W 111 Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Siebel Zeitungs-Verlagsge-s., m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,40 und RM — 36 Zustell-gebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM — 24 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,50 Porto. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete. Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siebel Zeitungs-Verlagsge-s., m.b.H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 925.

Fewilleteu der SAZ

Kleine Geschichte

Von Siegfried Wagner.

Auf irgendeinem Platz inmitten der Stadt werde ich „soeben gefilmt“. Ich bestelle ein paar Aufnahmen, die ich im voraus bezahle, um sie portofrei zugestellt zu erhalten. Aber dann habe ich die Befürchtung, daß der Fotograf die Vorauszahlung vergessen könnte.

Und so ist es auch. Als ich acht Tage später nach Hause komme, ist eine Nachnahme da. Die Bilder sind nicht einmal besonders gut geraten, und doch muß ich jetzt das Doppelte dafür bezahlen. Ich schreibe sofort einen Brief, gutbürgerlich, geschäftsmäßig; höflich, aber bestimmt. Ich wolle mein Geld zurück haben. Auf Antwort warte ich jedoch vergeblich. Immer wieder betrachte ich den Nachnahmeumschlag und schimpfe dabei wütend auf den Betrüger.

Eines Tages fahre ich nach dem entlegenen Vorort, der in der Adresse des Photographen angegeben ist. Hinter dunklen Höfen, im hintersten Hinterhaus finde ich nach langem Hin und Her die Wohnung des Gesuchten. Unterm Dach, neben den Bodenkammern, sind Küche und Schlafzimmer. Mehr Räume gibt es hier nicht. Es ist eine typische Elendsbude.

Auf mehrmaliges Klopfen öffnet eine ärmlich gekleidete Proletarierfrau. Ich sehe in eine dumpfe, düstere Küche hinein. Ein paar kleine Kinder rutschen auf dem Fußboden umher, ein blasser, etwa zehnjähriger Junge lehnt am Fenster.

Ich bin erschrocken und trage etwas weniger fest, als ich mir vorgenommen habe, mein Anliegen vor. Unbeholfen, verlegen entschuldigt die Frau ihren Mann. Er sei immer auf Reisen. Aber in zwei Tagen hätte ich mein Geld.

Ich klettere die hölzernen Stufen hinab, gehe durch Höfe und baufällige Hinterhäuser nach der Straße, auf die die Sonne brennt. Mich blendet der helle Tag. Ich fühle hier das Schicksal eines erwerbslosen Proletariats, der mir damals auf der Straße, sauber rasiert und gut gekleidet, mit seinen wohlgesetzten Worten ein gutsituierter Bürger schien. Nun sehe ich hinter die Kulisse der bürgerlichen Welt, und mir ist so eigentümlich klar, daß oft aller Glanz nur Flitter ist.

Das Geld erhalte ich nicht zurück. Ich ärgere mich. Wenn der Photograph schon nicht viel hat, dann braucht er mich trotzdem nicht zu betrügen. Ich habe auch nur ein paar Pfennige Taschengeld in der Woche für mich. Arbeiter sollten sich untereinander nicht betrügen.

Drei Wochen sind vergangen. Ich werde hartköpfig. Ich will mein mir zustehendes Geld und denke unversehens an kapitalistische Gewaltmaßnahmen mit Pfändung und Zwangseinziehung. Doch dann wieder sehe ich die elende Bude vor Augen: zwei ärmliche Räume, ein paar hungrige Kinder, eine schlechtgekleidete Frau mit tiefliegenden, traurigen Augen im hintersten Hinterhaus unterm Dach. Ich werde also nochmals hinaufahren.

Vergebens klopfe ich an. Es ist niemand da. Aus den Bodenkammern neben der Küche dampft heiße Nasen Wäscheleuft. Von einer Hausbewohnerin erfahre ich, daß die Frau mit ihren Kindern spazieren sei.

Ich treffe sie auf der Straße, ein Kind hat sie an der Hand, zwei liegen im Wagen.

„Sie sind doch Frau...?“
Fragend sieht sie mich an.
„Ich habe das Geld noch nicht erhalten.“
Ohne ein Wort zu mir zu sagen, schickt sie das achtjährige Mädchen nach Hause, das Geld zu holen.

Wir sind beide verlegen und sehen aneinander vorbei. Endlich wage ich, sie anzublicken. Sie scheint noch nicht alt zu sein, aber Falten und Blässe entstellen ihr Gesicht. Die Haare sind nicht gekämmt, nur zu einem Knoten flüchtig zusammengesteckt. Das verschossene Kleid hängt lose über dem mageren Körper. Im Wagen liegen die Kinder in schmutzigen Kitteln ohne irgendwelche Betten und Decken.

Das Photographieren ihres Mannes wird nicht viel einbringen. Vielleicht war er schon lange arbeitslos, ehe er sich dazu entschloß. Mit ungeschickten Worten versucht die Frau mit dem Kleinsten zu scherzen. Da bringt das Mädchen das Geld. Die für uns zwei so peinlichen Minuten sind vorüber. Sie brachten mir jedoch recht merkwürdige Gedanken über die Moral und ihre Zweiseitigkeit in der bestehenden Gesellschaft.

Als ich dann mit der Eisenbahn nach der Stadt zurückfahre, denke ich an das Erlebte. Ein paar Verse fallen mir ein:

Es gibt nicht Leid, es gibt nicht Not,
die nicht wir Ausgebeuteten gelitten.
Und deshalb ist im Kampf ums Brot
so mancher mit Hinabgeglitten.

Und denkt, wenn einmal einer fällt,
an sein so überschweres Leben,
dann müßt ihr in der neuen Welt
Ihm dreimal Recht vor doppelt Unrecht
geben.

So denkt doch an all die Schmach,
die wohl die vielen trugen,
vergeßt nicht, wie sie Tag um Tag
sich um das Kleinste schlugen.

Steine ceden

Von Erich Weinert

Wir schliefen als kalter, toter Granit,
Viel hunderttausend Jahre.
Da weckten sie uns mit Dynamit,
Und machten uns zu Ware.

Der Kuli im Steinbruch stöhnte heiß.
Sein Meißel sprühte Funken.
Wir haben des Kulis Blut und Schweiß
In uns hineingetrunknen.

Wir wurden in eine Straße gestampft.
Der Kuli stampfte uns ein.
Es tropfte sein Schweiß, er ist verdampft.
Doch das Salz zog in den Stein,

Dann haben wir alles tragen gemußt,
Karren und Luxuswagen.
Doch fühlten wir in der steinernen Brust
Das Herz des Kulis schlagen.

Und eines Tages dröhnte der Tritt
Von tausend Demonstranten.
Die Kulis sangen, wir klangen mit.
Unsere steinernen Stirnen brannten.

Da schlugen die Kugeln in unsre Stirn.
Es spritzten Dreck und Funken.
Es spritzte des Kulis Blut und Hirn.
Wir haben das Blut getrunken.

Sie rissen uns aus der Straße heraus.
Da wurden wir Barrikaden.
Wir hörten die Kulis in Lärm und Braus
Ihre Gewehre laden.

Und wieder sind Dreck und Funken gespritzt.
Wir haben die lebenden Brüder
Mit unseren steinernen Leibern geschützt!
Wir schlugen den Angriff nieder!

Das Blut des Kulis hämmert im Stein,
Ist uns ins Herz geflossen!
Wir werden das Denkmal des Sieges sein,
Auf dem Grabe unsrer Genossen!

(Aus dem prächtigen proletarischen Gedichtband „Rote Signale“, erschienen im Neuen Deutschen Verlag, Berlin.)

Vater Lapp erzählt:

42 Jahre Sozialdemokrat, nun SAP-Genosse

H. F. Lübeck, Anfang Dezember 1931.
Draußen ist es verdammt kalt. Wir sitzen in der warmen Stube einer unserer Genossen zusammen. Junge und alte, Funktionäre unserer Sozialistischen Arbeiterpartei. Wir diskutieren die Tagespolitik, wir freuen uns über Werbeerfolge unserer Partei: „Ja“, sagt Waldemar, „Wilhelm Waterstrat, der SPD-Vorsitzende, hat gemeint, in unserem Distrikt seien nur Kinder in der SAP. Und dabei habe ich allein in den letzten Tagen drei Genossen von 60—70 Jahren aufgenommen, die ergraut sind im Dienst der Arbeiterbewegung. Einer von ihnen sitzt zwischen uns Jungen, „Vater Lapp“ heißt er bei uns. Ein Mann mit grauem Haar und von Arbeit gedrücktem Körper. Wenn er erzählt, dann wissen wir: der Genosse hat ein Leben lang der Arbeiterbewegung gedient. Ich nehme den Bleistift heraus und schreibe einiges aus seiner Erzählung auf und versuche zu verdolmetschen, was er uns viel eindringlicher in seinem ruhigen Platt vortrug. Vater Lapp hat das Wort:

Es war in den achtziger Jahren, ein Bengel von siebzehn war ich damals, als ich zum erstmalig aktiv dem Sozialismus diene. Heute bin ich 59, also sind es schon 42 Jahre her. In unserer mecklenburgischen Kleinstadt kamen regelmäßig die Sozialdemokraten heim zusammen, wir Jüngsten standen auf Horchposten. Halb hörten wir den Gesprächen der Alten zu, halb mußten wir auf die Polizei Obacht geben. Eines Tages wurde ich geschnappt. Man fand einen Brief bei mir, in dem stand, daß die Reichen eines Tages vor den Füßen der Armen liegen und um Gnade flehen würden. Die aber sollte ihnen nicht werden. Unterzeichnet: „Die 23 Schworenen.“ Dazu kam noch ein Gedicht: „Das Maß ist voll.“ Majestätsbeleidigung. Ich nahm alles auf mich. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr 6 Wochen Gefängnis. Wegen meiner Jugend wurde ich begnadigt. Erst als ich ins Feld zog, habe ich meinen Eltern gesagt, wer den Brief geschrieben hatte. — In dieselbe Zeit fiel ein lustiges Erlebnis. Wir Jungen lagen in den Tannen und diskutierten, was wir von den Alten erhörten hatten. Ich hatte gerade ein großes rotes Taschentuch, wie es heute die Zimmerleute noch tragen, geschenkt bekommen, mit Kaiserbildnissen darauf. Da stieg ich auf eine Tanne und band oben das Tuch an. Es flatterte nicht lange, da kam der Polizist. Die aufrührerische Fahne mußte eingezogen werden. Am nächsten Tag wurden wir vom Bürgermeister verhört. Heute würden mich die Nazis wohl hochleben lassen. An einem 1. Mai zogen zwölf Schustergesellen durch den Ort, alle mit roten Schleifen. Die Polizei immer hinterher. Der Sozialismus war verhaßt und verfolgt.

In Wismar kam ich zum Kommiß. Schon am zweiten Tage sagte der Hauptmann zu mir: „Sie sind Sozialdemokrat.“ „Jawoll“ sagte ich. Da ließ er zwei Soldaten die Gewehre laden, sie sollten mich zur Arbeiterabteilung bringen. Ich ging nicht. „Schießen Sie mich tot oder lassen Sie die Gewehre entladen“, brüllte ich auf den Hauptmann ein. Er ließ entladen, aber heimlich wurde doch wieder geladen. Ich kam zu einer Truppe, in der nur „Verbrecher“ waren, zum Teil schon 10 oder 15 Jahre auf Festung. Aber ich habe viel von ihnen gelernt. Nach einem Jahr wurde ich entlassen, ich bin also sogar „Einjähriger“.

Dann ging ich auf die Güter. Wo ich konnte, agitierte ich für den Sozialismus. Ich konnte nicht in Versammlungen reden, aber ich habe im kleinen gearbeitet. Mancher Streich wurde ausgedacht. So habe ich einmal alle Stimmzettel umgetauscht, so daß nur

rote statt konservative da waren. Aber leider ließ der Inspektor noch einmal wählen.

Eine Parteiorganisation gab es in den kleinen mecklenburgischen Städten noch nicht. Aber als ich nach Lübeck kam, trat ich am 1. September 1899, also vor 32 Jahren, in die SPD ein. Ueberall, wo ich es konnte, habe ich seitdem für die Partei gewirkt. Auf den Posten sah ich viele kommen und gehen. Seit die alten Grundsätze aufgegeben wurden, habe ich mich mehr und mehr zurückgezogen. Bei uns hieß es, wir müßten uns „der Zeit anpassen“. Ich habe auf der Seite der Sachsen gestanden, die diesen „neuen Sozialismus“ nicht mitmachen wollten.

Obgleich ich nicht einverstanden war, habe ich immer gedacht und gesagt: „Es wird wohl noch anders.“ Aber ich habe scharf beobachtet, und mein Standpunkt ist, daß die Katastrophe kommen mußte, weil die Partei ihre Grundsätze aufgab. Ein Baum, der eine kranke Wurzel hat, kann keine guten Früchte bringen. Heute ist die SPD eine rein bürgerliche Partei. Sie wird untergehen, wie ich die Liberalen und die Konservativen untergehen sah.

Es ist mir schwer geworden, aus der Partei auszuschneiden. Aber ich kann nicht dort bleiben, wo man mich als „dummen Arbeiter“ hinstellt. Ich habe mein sozialistisches Wappen nie besudelt.

Ich habe auch noch niemand aufgefordert, die SPD zu verlassen. Aber wo sind heute die roten Fahnen, für die wir mit Stolz gelitten haben? Sie werden in den Schränken von Motten zerfressen. Die schwarzrotgoldenen Fahnen des „neuen Sozialismus“ haben unser Symbol verdrängt.

Wir haben einstmals gekämpft. Für den 1. Mai sind wir acht, zehn, vierzehn Tage auf die Straße geflogen. Heute ist alle Kampf Stimmung vorbei. Die alten Grundsätze sind aufgegeben. Wo ich nur Ja und Amen sagen soll, will ich nicht mehr sein. Ich will kein Stimmvieh sein. 32 Jahre war ich eingeschriebenes Mitglied der SPD. Diese Partei hat immer meinen Stimmzettel bekommen. Nun bekommt sie keinen mehr von mir.

Von Kindheit an liebte ich die rote Fahne. Das Elend meines Elternhauses brachte mich zum Sozialismus. Im Sozialismus will ich auch sterben, aber nicht bei der SPD. Noch bei der letzten Reichstagswahl bin ich mit auf Agitation gewesen, obgleich ich lange im Zweifel war. Ich dachte immer, es würde wieder anders werden.

Panzerkreuzer, Brüning-Diktatur, das beschert uns die SPD. Den letzten Stoß hat mir eure Versammlung gegeben, in der sich der Diskussionsredner der SPD ganz gemein auführte. Euer, nein jetzt unser SAP-Redner (Hein Stahmer-Hamburg) hat sich nicht um die politischen Dinge herumgewunden. Er sprach aus Erfahrung. Er litt am eigenen Körper für unsere große Sache, wie ich auch.

Darum trete ich als alter Mann noch in eine neue Partei ein; darum arbeite ich mit in der Sozialistischen Arbeiterpartei.“

Als die Jugend zu uns kam, sagten die SPD-Führer: „Die haben ja schon immer Radau gemacht. Grüne Jungens.“ Was sagen sie nun, da die Alten und Aeltesten ihnen die Gefolgschaft kündigen? Sie müssen sich an die Vorstellung gewöhnen, daß sie eines Tages allein auf weiter Flur stehen werden.
Wir werden inzwischen die Arbeiterbataillone neu formieren, Junge und Alte mit neuem

Mut und neuem Kampfgeist an ihren Platz stellen und voranmarschieren mit den alten roten Fahnen und dem Lied, das Vater Lapp aus alten Tagen auffrischte:

Marsch, marsch, marsch, marsch,
und sei es in den Tod,
denn unsere Fahne ist rot!

Kindereleid

Nach Untersuchungen an 1200 Industriefamilien, deren Ergebnisse Dr. Kautz im Sozialrechtlichen Jahrbuch bekannt gibt, schlafen bei einem Durchschnittsalter von 12 Jahren nur 25,33 Prozent der Kinder in einem Bett allein. Zwei Drittel der Kinder schlafen zu zweien. Die übrigen schlafen zu dreien, ja zu vierten in einem Bett. Bei drei Fünftel der Familien schlafen die Kinder verschiedenen Geschlechts zusammen in einem Zimmer, fast ein Fünftel zusammen in einem Bett.

Fehlten da etwa nur Betten? Nein, oft auch der Raum für das Bett!
Engste Enge! Heimat der Proletarierkinder!

Es sind aber gerade die besitzenden und kirchlich eingestellten Kreise, die einer Vermehrung dieses furchtbaren Kindereleides durch unbeschränkte Geburtenvermehrung das Wort reden.
Wo bleibt da die Moral?

Max Adler: „Wegweiser“

Fünfte umgearbeitete, erweiterte und illustrierte Ausgabe. 390 S. Heß & Co. Verlag. Wien und Leipzig 1931.

Es ist zu begrüßen, daß diese seit 1923 vergriffen gewesenen „Studien zur Geistesgeschichte des Sozialismus“ jetzt neu herausgekommen sind. Ihr Wert liegt zunächst schon darin, daß sie einem weiteren Leserkreis das Verständnis für eine Reihe großer Denker des 18. und 19. Jahrhunderts — Rousseau, Schiller, Fichte, Ludwig Feuerbach, Max Stirner — vermitteln und damit eine Gedankenwelt erschließen, die für die Entwicklung des modernen Sozialismus von großer, oft unterschätzter Bedeutung gewesen ist. Diese Darstellung Max Adlers wird aber um so interessanter, als sie mit einer ganzen Reihe von Irrtümern aufräumt, die sich in die Beurteilung dieser Männer seitens des Bürgertums, zum Teil aber auch seitens der sozialistischen Bewegung eingeschlichen haben. Adler zeigt sie und ihr Werk in aller Zeitbedingtheit und notwendigen Unvollkommenheit, aber auch in ihrer wichtigen Rolle als Wegweiser zum Sozialismus. Er beginnt damit, die Entwicklung der Geistesgeschichte unter ganz neuen Gesichtspunkten als Einheit, gewissermaßen als geistige Vorgeschichte des Sozialismus zu sehen. Ein angekündigter zweiter Band soll diese Arbeit durch Studien über Plato, Morus, Vico, Spinoza, Leibniz und Kant ergänzen und vertiefen.

In diesem ersten Band finden sich außer den genannten Kapiteln Charakterbilder der großen Utopisten Saint-Simon, Robert Owen und Wilhelm Weitling, ferner ein Essay über Lassalle, eine knappe Darstellung der geistigen Entwicklung des jungen Engels (dessen selbständige Bedeutung neben Marx Max Adler wohl als erster nachgewiesen hat) und ein Schlußkapitel über den Weg von Hegel zu Marx. Gerade auch dieser Abschnitt wird dazu beitragen können, manche Unklarheit zu beseitigen. Im Ganzen ist zu sagen, daß das Buch zum Selbststudium wie als Leitfaden für Kurse und Arbeitsgemeinschaften gleichermaßen zu empfehlen ist.

W. F.

Notizen

Er will auch dort Offenbach malträtieren...

London, 4. Dezember. Professor Max Reinhardt traf gestern abend in London ein, um die Proben für die Aufführung der Operette „Die schöne Helena“ persönlich zu leiten. Das Werk Offenbachs wird im Dezember in Manchester und im Januar in London gegeben werden.

Noch nicht beigelegt!

Wie die Pressestelle der Reichsrundfunkgesellschaft mitteilt, haben die Verhandlungen zwischen Rundfunk und Schallplattenindustrie noch nicht zu einem Ergebnis geführt. Da die Schallplattenindustrie ihr bis zum 6. Dezember ausgesprochenes Verbot nicht zurückgenommen hat, wird der Rundfunk von diesem Tage an bis auf weiteres Schallplatten der an den Verhandlungen beteiligten Industriefirmen nicht mehr senden. (Wir hatten die Meldung über die angebliche Einigung einem Berliner Abendblatt entnommen. Red.)

Berichtigung

In unserem gestrigen Literaturblatt sind — in der Besprechung des Romans von Kästner — leider zahlreiche Druckfehler stehen geblieben. Die wichtigsten stellen wir hiermit richtig: 1. Spalte, 7. Zeile von unten „Zivilisten“ statt „Zivilisation“; 3. Spalte, 10. Zeile von oben „zynisch“ statt „klassisch“; Zeile 14 von oben „Katastrophen-Angstlichkeit“ statt „Katastrophenpolitik“.

Der tägliche Vormarsch

Die westdeutsche Industriearbeiterschaft steht zur SAP

In Linden-Dahlhausen, Bezirk Bochum, fand eine überfüllte öffentliche Versammlung mit dem Genossen Portune statt. „Abrechnung mit den Spaltern“ hatte die SPD als Parole ausgegeben. Abrechnung mit der Tolerierungspolitik der SPD, die den Gewerkschaftssekretär Vogt vorgeschickt hatte, wurde daraus.

Die Riesenversammlung stand einhellig hinter Portune.

Das Münsterland meldet außer der Ortsgruppe Gelsenkirchen mit 7 Ortsvereinen folgende Ortsgruppen: Ahlen, Erkenschwick, Dorsten, Hervest-Dorsten, Holsterhausen, Marl, Hüls, Recklinghausen, Münster, Westerholt.

In vielen anderen Städten sind Ortsgruppen im Entstehen.

In Schwelm sprach in einer von über 400 Personen besuchten Versammlung unter allgemeinem Beifall der Genossen Portune mit dem Ergebnis einer großen Zahl von Neuaufnahmen.

Im Industriegebiet, wo die Arbeiterschaft besonders schwer unter der Krise zu leiden hat, geht der Vormarsch der SAP stürmisch vorwärts!

Oldenburg

In Leer fand im Anschluß an eine gut besuchte Versammlung die Gründung einer Ortsgruppe statt.

In Dornum (Ostfriesland) wurde eine Ortsgruppe gegründet.

In Hasbergen und Ohmstedde fanden gut besuchte Versammlungen statt.

Australische Wahlen Und ihre Lehren

London, 2. Dezember

Der Führer der nationalen Opposition im australischen Parlament, Lyons, hat einen Aufruf an die australische Bevölkerung erlassen, in dem das Land aufgefördert wird, dem Beispiel Englands zu folgen und eine Nationalregierung zu bilden, die ähnliche Maßnahmen wie die gegenwärtige englische Regierung ergreifen soll, um die Finanzen des Landes zu retten. Die australischen Wahlen werden am 21. Dezember stattfinden.

Berlin, 3. Dezember.

Dieser Führer der „nationalen Opposition“ ist der „Snowden“ der australischen Regierung, der ehemalige Schatzkanzler des Labour-Kabinetts Scullin, bis vor kurzem noch Arbeiterpartei. Man sieht daraus schon, daß gewisse Ähnlichkeit zwischen der Entwicklung in England und in dem australischen Dominion bestehen.

Die vor kurzem gestürzte Regierung Scullin ist seit 1929 nach einem überwältigenden Sieg über das Bürgertum, das von 1923 bis 1929 regierte, im Amt. Es trat, wie selbst die konservative Londoner „Times“ zugeben muß, eine sehr üble Erbschaft an, das Land war von den Konservativen unter Bruce böse heruntergewirtschaftet worden. Die hatten u. a. die beträchtliche australische Handelsflotte einer kapitalistischen englischen Gesellschaft ausgeliefert und wollten ihr nun auch noch die Bergwerke zuschanzen, nicht zuletzt um die außerordentlich fortgeschrittene australische Sozialgesetzgebung zu zerstören und wie üblich die Löhne zu drücken. Da standen selbst die Stehkragenproletarier auf, und so kam es zum unerwartet großen Sieg der Arbeiterpartei.

Aber die böse Erbschaft blieb in Gestalt von großen finanziellen Belastungen, wozu dann sehr bald die Weltwirtschaftskrise kam, die Australien vor neue ernste Schwierigkeiten stellte. Sollte das Australien, das vorbildlich war für seinen sozialen Fortschritt, das Dominion, wo die Arbeiterschaft schon zu einer Zeit regierte, wo in England selbst die Labour-Party noch ein Anhängsel der Liberalen war, sollte dies Land unter dem Druck der englischen Finanz seinem sozialen Gewissen abschwören, eine reaktionäre Sozialpolitik treiben — das war die Frage.

Die radikale Arbeiterpartei von Neu-Süd-Wales unter Führung ihres Ministerpräsidenten Lang kam damals mit dem nicht ungefährlichen Plan einer Inflation und dem revolutionären einer Streichung der auswärtigen Schulden heraus. Das brachte die englische City, die davon betroffen worden wäre, natürlich schnell auf die Beine und einer ihrer Führer, den jetzt auch durch die „Sanierung“ der österreichischen Creditanstalt bekannt gewordenen Bankier Otto Niemeyer aufs Schiff und nach Australien. Dem Land wurden goldene Fesseln angelegt; die Regierung Scullin mußte sich fügen und sich einem Sparprogramm unterwerfen, dessen Hauptpunkte Herabsetzung der Gehälter und damit zugleich der Löhne, Abbau der sozialen Gerechtigkeiten und eine Umwandlung (Konversion) der inneren Schulden waren. Selbstverständlich schuf das Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft, besonders auf ihrem linken Flügel, und die bürgerlichen Parteien witterten Morgenluft. Der Sturz der Regierung wurde schließlich erzielt durch eine Anklage gegen den Finanzminister Theodore, der angeblich den arbeitslosen Wählern seines Wahlkreises eine

Budgetdebatte in Oesterreich

Der wankende Schilling

Koalitionsneigung der Sozialdemokratie

Der österreichische Nationalrat hat am Donnerstag seinen großen Tag gehabt, die Generaldebatte über das Budget für 1932. Der Finanzminister Dr. Weidenhoffer verbreitete sich unter anderem über die Währungsfrage und tröstete seine Zuhörer mit der Versicherung, daß der Inlandswert des Schillings bisher nicht die geringste Einbuße erlitten habe. (Ob die Kaufkraft des österreichischen Geldes tatsächlich unberührt geblieben ist, muß jedoch stark bezweifelt werden.) Der Minister jammerte über die Spekulation an den ausländischen Plätzen und appellierte gleichzeitig an die Bevölkerung, sich nicht der Spekulation des Auslands anzuschließen, das geflüchtete Kapital zurück- und das in Strümpfen gesammelte wieder unter die Leute zu bringen. Mit solchen Appellen ist bekanntlich eine Wirtschaft leicht zu sanieren. Jedenfalls zeigt dieser Notruf, daß der Geldumlauf in Oesterreich zu hoch ist, also eine latente Inflation zweifellos jetzt schon festzustellen ist.

Für die österreichische Sozialdemokratie sprach der auf dem rechten Flügel stehende Abgeordnete Ellenbogen. Er kritisierte scharf die Haltung der Regierung in der Angelegenheit der Kreditanstalt, besonders ihre Nachgiebigkeit bei dem Abkommen mit dem Gläubigerkomitee sowie die völlig unzuverlässigen Ziffern des Budgets.

Ein scharfer Vorstoß richtete er gegen die regierende christlich-soziale Partei, die mit den Hakenkreuzern konspirierte und mit der französischen Hochfinanz zusammen gegen den Schilling und den Anschluß intrigiere. Besonders interessant waren seine Ausführungen über die

Möglichkeit eines Regierungseintritts der Sozialdemokratie.

Wenn der christlichsoziale Dr. Schnigg, so erklärte Ellenbogen nach dem Bericht des

Wolf-Büros, vor einigen Tagen den Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung kategorisch abgelehnt hat, so sei dazu zu sagen: Wenn die äußerste Not des Staates die Sozialdemokraten einmal zwingen sollte, einen solchen Gedanken zu erwägen, dann würde sie die Bedingungen stellen, unter denen sie sich zu einem solchen Opfer entschließen würde, und eine der ersten Bedingungen werde die Ausräumung dieses Intrigantennestes und die Kaltstellung dieser geschworenen monarchistischen Feinde der Republik sein. Je unhaltbarer sich das kapitalistische System erweist, desto mehr suchen die bürgerlichen Wirtschaftsführer den Geist der Gewalt zur Herrschaft zu bringen. Dies zeigt sich sowohl in Oesterreich wie in einer ganzen Reihe benachbarter Länder. So wenig aber selbst in Deutschland die Front des Marxismus durch solche Bewegungen erschüttert werden kann, so wenig und noch viel weniger ist das in Oesterreich möglich. Hieraus schöpfen die Sozialdemokraten die Zuversicht, daß negativ durch die Mitwirkung der Bürgerlichen und positiv durch die eigene Leistung die Dinge für sie heranreifen.

Das sind zwar starke Worte, aus denen aber doch wohl hervorgeht, daß die Verhandlungen über einen Regierungseintritt der Sozialdemokraten weiter gepflogen werden, daß aber auf der Gegenseite anscheinend wenig Neigung dafür herrscht. Auch die Bestimmung Ellenbogens als Hauptredner bei dieser wichtigsten parlamentarischen Debatte gibt einen Fingerzeig in dieser Richtung.

Wachleute

als Versammlungsprenger

Wien, 3. Dezember.

Wie die „Arbeiterzeitung“ berichtet, hatte die freie Organisation der Sicher-

heitswachbeamten (sozialdemokratisch) für gestern nachmittag nach Währing eine Versammlung einberufen, in der der sozialdemokratische Bundesrat Schabes über die Verwaltungsreform und den Abbau sprechen sollte. Als die Mitglieder dieser Organisation erschienen waren, war

der Versammlungssaal von den Anhängern des Wirtschaftsverbandes der Sicherheitswachbeamten sowie seiner Alarmabteilung besetzt

worden. (Dieser letztgenannte Verband wurde nach den bekannten Ereignissen vom 15. Juli 1927 [Brand des Justizpalastes] gegründet.)

Gleich nach Beginn der Versammlung ging der Lärm los. Der Vorsitzende war außerstande, sich Gehör zu verschaffen. Der Lärm steigerte sich, als Bundesrat Schabes sprechen wollte.

Die reaktionären Wachbeamten sangen nationalistische und Hitlerlieder.

Als das Deutschlandlied angestimmt wurde, erhoben sie sich mit einem faschistischen Gruß.

Inzwischen hatte sich der Vorsitzende der Versammlung an die Polizeidirektion um Hilfe gegen die demonstrierenden Polizisten gewandt. Eine Abteilung von 25 Mann erschien vor dem Versammlungslokal,

schrift jedoch nicht ein.

Ihr Kommandant betrat den Saal und verhandelte mit beiden Parteien, jedoch ohne Erfolg.

Inzwischen dauerte der Gesang im Saal selbst von 20 bis 24 Uhr, also bis zur Polizeisperrstunde weiter an. Der Vorsitzende der Versammlung mußte sie endlich schließen.

Die abmarschierenden Wachbeamten, die der freien Organisation angehörten, mußten von der draußen postierten Bereitschaft bis an die Grenze des Bezirks eskortiert werden.

bessere Behandlung zukommen ließ als den Arbeitslosen in anderen Gegenden.

Ankläger war die linke Opposition von Neu-Süd-Wales, das Bürgertum nutzte die Gelegenheit, und der „nationale“ Held Lyons sekundierte.

Herr Lyons spielt also tatsächlich die gleiche Rolle wie die MacDonald, Snowden und Thomas in England. Ähnlich wiederum wie in England ist die Arbeiterpartei gespalten — wenn man von den Renegaten absieht — in den Kreis um den Ministerpräsidenten Scullin, dem gegenübersteht die linke Opposition von Neu-Süd-Wales. (Die also etwa der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands entsprechen würde.)

Unter diesen Umständen sind die Wahlaussichten der Konservativen natürlich günstig. In der ganzen Welt triumphiert schon das Bürgertum und gefiert — die Tatsachen verfälschend — über die „marxistische Mißwirtschaft“, die nun ihr Ende finde. Es sei nur im Vorbeigehen bemerkt, daß der Ausgang der Wahl den Herrschaften vielleicht ähnliche Überraschungen bringen könnte wie sie das „nationale“ Kabinett in England gebracht hat.

Die Situation für ein bürgerlich-konservatives Kabinett ist im übrigen erfolgversprechend, da das Wirtschaftsleben in Australien gerade jetzt sich in aufsteigender Linie befindet. Statt eines Importüberschusses von über 33 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1929/30 zeigt das Jahr 1930/31 einen Exportüberschuß von mehr als 15½ Millionen Pfund Sterling. Auch die Wollpreise sind inzwischen gestiegen und die Weizenverschieffungen haben, bei niedrigen Preisen allerdings, beträchtlich zugenommen. Das Bürgertum hat also den Zeitpunkt glücklich gewählt. Setzt sich die wirtschaftliche Besserung fort, so ist das natürlich das Verdienst ihrer Regierungskunst, auch wenn es, was bereits angekündigt ist, mit dem „starrten Lohnsystem“, den sozialen Einrichtungen und dem bundesstaatlichen Schlichtungs- und Tarifsystem bricht, also wieder da beginnt, wo es 1929 aufhören mußte.

Es ist schwer, aus der Ferne die Einzelheiten des ganzen Kampfes zu beurteilen. Aber alles deutet darauf hin, daß die Regierung Scullin ähnlich wie die Regierung MacDonald und wie die Koalitionsregierungen der Sozialdemokratie von einer Konzession zur anderen geschlittert ist, bis sie über eine Kleinigkeit zu Fall gebracht werden konnte, weil sie zu viel ihres eigenen Wesens aufgegeben hatte.

Wahrscheinlich hätte eine Politik, die es rechtzeitig auf Biegen oder Brechen hätte ankommen lassen, bessere Erfolge gezeitigt. Dann hätte das Bürgertum die Verantwortung für die Zeit des Niedergangs zu tragen gehabt, statt sich nachträglich mit Erfolgen brüsten zu können, die nicht seiner „Tüchtigkeit“ zu verdanken sind. Die günstigere wirtschaftliche Situation wäre dann vermutlich der Arbeiterpartei zugute gekommen, zunal sie wahrscheinlich eine Spaltung vermieden hätte, deren tiefste Ursache die Unterwerfung unter das vom englischen und australischen Kapital diktierte „Sparprogramm“ ist. Es ist immer und überall die gleiche Erfahrung: Jede Preisgabe sozialistischer Grundsätze ist eine Preisgabe der wahren Machtpositionen

einer Arbeiterpartei, die durch keine staatliche „Machtposition“, durch kein Ministerpostenfleuile ersetzt werden kann. Selbst dann nicht, wenn man über die absolute demokratische Mehrheit verfügt, wie das die Arbeiterpartei im australischen Parlament tat. Nicht die geschriebene Verfassung entscheidet am Ende, sondern die ungeschriebene, was man von Zeit zu Zeit immer mal wieder bei Lassalle nachlesen sollte!

Moskau soll sauber werden

Der Leiter der Kölner Straßenreinigung nach Rußland berufen

TU. Köln, 3. Dezember.

Der Leiter der Kölner städtischen Straßenreinigung, Direktor Adolphs, ist nach Rußland berufen worden, um zunächst in Moskau und später auch in Leningrad die Straßenreinigung nach dem Kölner Vorbild und nach den neuesten technischen Erfahrungen einzurichten. Die Neorganisation des Straßenreinigungswesens in den beiden russischen Städten soll unter Verwendung deutscher Gerätschaften

und Maschinen erfolgen. Adolphs, der im 50. Lebensjahr steht und seit 1911 in Köln tätig ist, ist Vorsitzender des Verbandes städtischer Fuhrpark- und Straßenreinigungsbetriebe Deutschlands und wurde auf der letzten Tagung in London zum Vizepräsidenten des Internationalen Verbandes gleicher Betriebe gewählt.

Tschechoslowakisches Budget 1932 angenommen

Prag, 3. Dezember.

Das Prager Abgeordnetenhaus hat am 3. Dezember den Staatsvoranschlag für 1932 genehmigt. Die von der Opposition eingebrachten 292 Abänderungsanträge wurden insgesamt abgelehnt.

Vor der Vertagung des Unterhauses. Im Unterhause erklärte MacDonald, er hoffe, daß es möglich sein werde, am Freitag in acht Tagen, also am 11. Dezember, den Sitzungsabschnitt zu schließen und das Unterhaus bis über Weihnachten zu vertagen.

Engerer Zusammenschluß in Osteuropa

Erweiterung der Kleinen Entente?

Warschau, 3. Dezember.

Am Mittwoch vormittag wurde im polnischen Außenministerium von dem südslawischen Außenminister Marinkowitsch und seinem polnischen Kollegen Zaleski das südslawisch-polnische Abkommen über den gegenseitigen Austausch von Kulturgütern unterzeichnet. Ferner wurden die Ratifikationsurkunden des Konsularvertrages, der bereits im März 1927 abgeschlossen worden ist, ausgetauscht.

Am Abend gab Außenminister Zaleski für die südslawischen Gäste ein Essen. Mit einem Seitenblick auf gewisse wachsende Revisionsbestrebungen wies Zaleski in seiner Rede darauf hin,

daß eine offene und ehrliche Zusammenarbeit aller Länder zur Beseitigung gewisser Tendenzen, die mit der Idee des politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichts unvereinbar seien und dauernd eine Quelle bedrohlicher Schwierigkeiten bildeten, erforderlich sei.

Marinkowitsch hob in seiner Antwortrede besonders die angenehme und erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in Genf hervor. Südslawien und Polen hätten im Völkerbund eine vernünftige, mäßige und feste Politik getrieben und seien weiter bestrebt gewesen, den Völkerbund lebendig zu gestalten und auszubauen.

Wenn es wohl auch zu weit geht, daß mit diesem Schritt der erste zu einer Eingliederung Polens in die Kleine Entente getan ist, wie die Pariser „Liberte“ meint, so ist doch auch nicht zu verkennen, daß die Tendenzen zu einem Zusammenschluß

der osteuropäischen Agrarstaaten dauernd im Wachsen sind. Hier hat wohl der famose deutsch-österreichische Zollunionplan als Anstoß gewirkt. Auch zwischen Polen und Tschechoslowakei sind fühler ausgestreckt zwecks engerer Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen. Die Tschechoslowakei ihrerseits mahnt Ungarn an die engen gegenseitigen Handelsbeziehungen. Kurz zusammengefaßt:

Man unterhält sich in den Donaustaaten — Oesterreich und Rumänien sind natürlich einzurechnen — sehr ernsthaft über die Wirtschaftsmöglichkeiten im Donaubecken, spricht von einem „wirtschaftlichen PanEuropa en miniature“. Daß ein ost-südosteuropäischer Agrarblock einer gewissen wirtschaftlichen und natürlichen Logik entsprechen würde, läßt sich nicht abstreiten. Jedenfalls verdient diese Entwicklung, die natürlich nicht mit siebenmeilenstiefeln laufen wird, besondere Beachtung auch von seiten der Arbeiterschaft in den westlichen Industrieländern, da sich hier eben- sogut Absatzgebiete für die westeuropäische Industrie ergeben können, wie auch unter Umständen ein Kampfblock des agrarischen Teils Europas gegen den industriellen.

Inzwischen hat der südslawische Außenminister bereits dementiert mit der Erklärung, daß er keinerlei feste politische Pläne nach Warschau mitgebracht habe und daß auch keine weiteren politischen Verhandlungen geführt worden sind, was auch von keiner Seite behauptet worden ist. Das Dementi hat also den Wert von — Dementis.

Sportschau der SAZ

Fußball-Spiele im ersten Kreis

In der Kreisklasse herrscht Hochbetrieb! Eintracht-Reinickendorf soll in der Hetzheide in Luckenwalde ohne den Mittelläufer gegen Zuschauer und Platz gewinnen, um im Wettbewerb um die Spitze zu bleiben. Mit neuem Mittelstürmer sollte das gelingen.

Ohne Bedeutung für den Tabellenstand sind die Spiele Butab-Lichtenberg, Minerva 28-Luckenwalde II und Trebbin gegen Weißensee. Immerhin verspricht das letztere Treffen einigen Genuß, kommen doch hier zwei Mannschaften zusammen, die den Spitzenreitern wichtige Punkte entrisen!

Teltow hat eins der schwersten Spiele — allerdings auf eigenem Platz — vor sich: es geht gegen Hertha 11. Teltow will Anschluß behalten, Hertha stürzte die „Adler“.

Der 1. Bezirk ist bei den Entscheidungsspielen angelangt!

Oberspree empfängt Britz 88 auf dem neutralen Platz in der Hauffstraße. Die Papierform ist gleich.

Im 2. Bezirk hat Hansa nach dem etwas harten Spiel des Vorrundtags mit einigen Verletzten die Reise in die Provinz angetreten. Wir glauben trotzdem, daß Zehdenick über ein ehrenvolles Verlieren nicht hinauskommt.

Weitere Spiele im Kreise:

Anfang: 1. Männer 14.00, 2. Männer 12.15, Jugend 10.00 Uhr.

1. Bezirk

ASV. Neukölln I—Storkow I (Becker, Norm.)
ASV. Neukölln II—Storkow II (Minerva).

2. Bezirk — Abteilung A

Weißensee Bez.—Saxonia (Eintracht)
Eintracht Bez.—Fr. Scholle (Graf, Saxonia).

Abteilung C

Saxonia II—Pankow III (Terne, Vorw.-Wedd.)

3. Bezirk

2. Klasse — Abteilung A

Elstal—Drewitz (Staaken)

Havelgruppe

Trechwitz—Grebs (Jeserig).

Jugend

Minerva I—Licht. I I (Vorw.-Wedd.) 11.00

Minerva II—Nowawes I (Normannia) 10.00

Normannia I—Nowawes II (Butab) 10.00

Pflichtspiele

Brandenburg I—Eintracht I (auslosen) 11.00

Normannia II—Lichtbg. II (Wilmerds.) 10.00

Wilmerdsdorf I—Staaken I (Minerva) 10.00

Vorw.-Wedd. I—Eintracht II (Hansa) 10.00

Drewitz spielfrei.

Schüler

Elstal—Pankow (auslosen) 11.00

Minerva—Freie Scholle (Normannia) 11.00

Drewitz—Caputh (auslosen) 11.00

Zossen—Nowawes (auslosen) 11.00

da.

„Freie Esperanto-Vereinigung Breslau“.

Dienstag, den 8. Dezember, um 29 Uhr, im Radioheim. Aphorabend. Dienstag, den 15. Dezember, um 20 Uhr, im Radioheim. Zamenhof-Fest: Angehörige und eingeführte Gäste sind willkommen. Eintritt frei. Sonntag, den 20. Dezember, um 10 Uhr vormittags, Besichtigung des Elektrizitätswerkes am Scheibenberg. Treffpunkt um 9½ Uhr am Scheibenberg.

Mittelschlesien

Fußballspiele am Sonntag

1. Mannschaften.

Sturm I—1924 I, Maria Höfchen, 14.00 Uhr;
Bl-Weiß—Wacker I, Schlachthof, 14.00 Uhr;
Falke I—Einheit I, Neukirch, 14.00 Uhr; Sil.
Kick I—VfL I, Stadion, 14.00 Uhr; Rapid I—
Askania I, Hatzfeldweg, 14.00 Uhr; März-
dorf I—Oswitz I, Märzdorf, 14.00 Uhr; Union I
—Vorwärts I, Dtsch.-Lissa, 14.00 Uhr; Streh-
len I—Vorwärts-Brieg I, Strehlen, 14.00 Uhr;
VfB. I—Trebnitz I, Riemanshöhe, 14.00 Uhr;
Stern I—VfB. I, Gräbschen, 14.00 Uhr; ZdA. I
—Pfeil I, Stadion, 14.00 Uhr; Hundsfield I—
Gr.-Nädlitz I, Hundsfield, 14.00 Uhr; Ober-
nigk I—VfK. I, Obernigk, 14.00 Uhr; Rosen-
thal I—Cawallen I, Brückenaue, 14.00 Uhr;
Eintracht I—Schmolz I, Masselwitz, 14.00 Uhr;
Jordansmühl I—Rothsürben I, Jordansmühl,
14.00 Uhr; Südost I—1930 I, Klettendorf,
10.30 Uhr.

2., 3. und 4. Mannschaften.

Südost II—1930 II, Klettendorf, 9.00 Uhr;
Jordansmühl II—Rothsürben II, Jordansmühl,
12.30 Uhr; Eintracht II—Schmolz II, Massel-
witz, 12.30 Uhr; Hundsfield II—Gr.-Nädlitz II,
Hundsfield, 12.30 Uhr; ZdA. II—Pfeil II, Sta-
dion, 12.30 Uhr; Strehlen II—Vorwärts-
Brieg II, Strehlen, 12.30 Uhr; Union II—Vor-
wärts II, Dtsch.-Lissa, 12.30 Uhr; Märzdorf II
—Oswitz II, Märzdorf, 12.30 Uhr; Rapid II
—Askania II, Hatzfeldweg, 12.30 Uhr; Falke II
—Einheit II, Neukirch, 12.30 Uhr; Blau-
Weiß II—Wacker II, Schlachthof, 12.30 Uhr;
Sturm II—1924 II, Maria-Höfchen, 12.30 Uhr;
Sil.-Kick II—VfL. II, Stadion, 10.15 Uhr;
Sil.-Kick. III—VfL. III, Stadion, 8.30 Uhr;
VfB. II—Trebnitz II, Riemanshöhe, 12.30 Uhr;
VfB. III—Trebn. III, Riemanshöhe, 10.30 Uhr;
Rosenthal II—Cawallen II, Brückenaue,
12.30 Uhr; Rosenthal III—Cawallen III,
Brückenaue, 10.00 Uhr; Oswitz III—Wack. III,

Oswitz, 9.30 Uhr; Sturm III—West III,
Maria-Höfchen, 10.45 Uhr; Sparta III—
Union III, Schlachthof, 9.30 Uhr; Stern A. H.
—VfB. A. H., Gräbschen, 9.00 Uhr.

Jugend- und Schüler-Mannschaften.

Schmolz I—Eintracht I, Schmolz, 10.00 Uhr;
Trebnitz I—Obernigk I, Trebnitz, 10.30 Uhr;
Sparta I—VfL. I, Schlachthof, 11.00 Uhr;
Strehlen I—Vorwärts-Brieg I, Strehlen,
11.00 Uhr; Stern I—Herta I, Gräbschen,
12.45 Uhr; Sturm II—West II, Maria-Höfchen,
9.15 Uhr; Stern I Sch.—Herold I Sch., Sacrau,
10.30 Uhr; Stern II Sch.—Herold II Sch.,
Sacrau, 9.30 Uhr; Union I Sch.—Einigkeit
I Sch., Dtsch.-Lissa, 9.30 Uhr.

Handball-Gesellschaftsspiele

14 Uhr: Fortuna I—Tasmania I, Domschau;
12.30 Uhr: Fortuna II—Tasmania II, Domschau;
13.30 Uhr: Canth I—Paschwitz I, Canth;
14 Uhr: Herrnpotsch II—Alemania I, Herr-
npotsch; 12.30 Uhr: Herrnpotsch III—Ale-
mania II, Herrnpotsch; 9.30 Uhr: Südost
1. Jug.—Eintracht 1. Jug.; Klettendorf;
14.30 Uhr: Wratislawia 1. Jug.—Sparta
2. Jug., Blitzwiese; 13.15 Uhr: Wratislawia
1. Sch.—Eintracht 1. Schül., Blitzwiese.

Notizen

Bezirksvorstand: Sonntag, 6. Dezember, 9 Uhr vorm.
Vereinsvorstandssitzung im Pieslau-
brau. Montag, 7. 12. 19 Uhr. Sitzung sämt-
licher Kartelldelegierten der Fußballpartei im
Kartellbüro.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Hundsfield e. V.:
Freitag, 18. 12. Generalversammlung im
Vereinslokal.

AFV Pfell: Freitag, 11. 12. 20 Uhr. Generalver-
sammlung. Nichterscheinende wird bestraft.

FTB. Verbandsjugendturnmarsch. Der Turnmarsch
ist polizeilich gemeldet. Besondere Anweisung
werden nicht benötigt, da die Landjäger ohne be-
nachrichtigt sind.

Handballauschub: Nächste Spielerbörse Montag,
7. 12. 31. Weitere Spielerbörse finden während
der Serienpause jeden Montag nach dem 15.
und 1. statt.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung.“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungs-
obmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-
Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

Thüringer Arbeitersport

Kommenden Sonntag

stehen sich auf dem Sportplatz am Sommer-
bad in Zeitz, 14 Uhr, im Wiederholungsspiel
Turnerbund I und Rasberg I gegenüber. Der
Sieger aus diesem Spiel vertritt den 4. Bezirk
im Frühjahr bei den Ausscheidungsspielen um
die Kreismeisterschaft. Im Vorspiel konnte
Rasberg mit 4:2 gewinnen. Beide Mann-
schaften sind sich gleichwertig, nur der
bessere Sturm gibt den Ausschlag. Als Un-
parteiischer fungiert Genosse Barthel, einer
der Besten im Kreise.

Vor dem Spiel der 1. Mannschaft stehen
sich gegenüber:

um 12 Uhr Turnerbund III—Trebnitz II,
um 13 Uhr Turnerbund II—Trebnitz I,

Freie Turnerzeit unternehmen eine Fuchs-
jagd nach Ossig, wo die II. und III. Mann-
schaft gegen die dortige I. und II. Mann-
schaft ein Spiel zum Abschluß austragen.

Handball im Industriegebiet

Freie Schwimmer Düsseldorf I—Textil
Krefeld I. Mannschaft.

Der neue Bezirksmeister der zweiten Klasse
versucht es sofort mit einer sehr starken
I. Mannschaft. Die Spielstärke dieser Gegner
bürgt für ein ausgezeichnetes Spiel. Die
Schwimmer, die ihren Titel in überlegener
Weise erzielten, gehen mit guten Aussichten
in den Kampf. Anwurf 11 Uhr auf dem Kar-
tellsportplatz.

Die Schwimmer-Jugend hat Ratingen III zu
Gaste. Eine schwere Aufgabe, die die
Schwimmer da stellen.

Breslau

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund
„Solidarität“

Gau 8. Bezirk I.

Sportprogramm 1932: 21. Februar, 9 Uhr vorm.,
Bezirksfahrtwarte-Konferenz in Breslau.
Zentralballspiel, Westendstraße; 19. März, 9 Uhr
vorm., Bezirkskassendirektorenkonferenz in
Breslau, Zentralballspiel; 6. April, Bezirksjugend-
Kundstafetten; 21. April, Bezirkskassern-
fahrt nach Neumarkt; 8. Mai, Bezirks-
treffen der Kraftfahrer; 15. u. 16. Mai, Be-
zirkswanderfahrt nach dem Glitzer Berg-
land; 28. u. 29. Mai, Jugendtreffen der Be-
zirks I, 2. u. 3. u. 4. in Ohlau; 5. Juni, Bundeskinder-
tag; 10. Juni, Tempofahrt der Motorrad-
fahrer in Schweidnitz; Pflicht-Alarmstafetten;
28. Juni, Radst. 2. Juli, Bezirksjugend-Wander-
fahrt nach dem Trachenberger See; 16. und
17. Juli, Bundesmeisterschaften in
Halle; 31. Juli, Radaportfest in Breslau-
Lillenthal; 7. August, Bundestreffen der
Kraftfahrer; 21. August, Gauwanderfahrt;
Alarmstafetten der Jugend durch den Gau; 1. Sep-
tember, Bezirksmotorfahrertreffen in
Trebnitz; 11. September, Bezirksjugend-
schützjagd; 25. September, Bezirks-
zuverlässigkeitsfahrt Rund um Oltaschin;
3. Oktober, Bezirkskindertourfahrt der
Jugend.

Ortsgruppe Breslau, Jugendabteilung.

6. Dezember, 20 Uhr, Tanzkreis in der
Pestalozzischule, Michaelisstr. 75/80.

6. Dezember, 19 Uhr, im Sonntagshaus Mehl-
gasse, Euke Paulinenstraße, Unterhaltungsa-
abend.

Sachsen — Sport

Achtung! Kinderturnwarte des 6. Bezirks

Die Zusammenkunft mit Hauptversammlung wird am Sonn-
abend, 12. Dez., und Sonntag, 13. Dez., in Zwickau
abgehalten. — Sonnabend, 12. Dez., 19 Uhr, in der
Jugendherberge (Barackenstr.), Aussprache über
Erziehungsfragen. Anschließend Heimabend. Lieder-
bücher mitbringen. — Sonntag, 13. Dez., 8 Uhr,
Turnen in der Dittschschule (Gymnastik, Kleinkinder-
Turnen, Spiele). Anschließend Hauptversammlung in
der Jugendherberge. Die Vereine haben die unbedin-
gungte Pflicht, mindestens den Kinderturnwart zu
delegieren. Kinderturnauschub: i. A. Siegel.

Breslau

Zentral

THEATER-BRESLAU

Bis Donnerstag, den 10. Dezember

Gassenhauer

Im Beiprogramm:

Begleitet von der Hauskapelle:

Figarro

8 Akte nach der erlol-reichen Oper
„Der Barber von Sevilla“

Auf der Bühne:

A. Nerlons & Comp.

in ihrem equilibristischen Kombinations-Akt
Beginn: Tägl. 4.30, Letzte Vorstellung: 8.45
Sonnabend und Sonntag nachm. 3.00 u.
Große Jugend-Vorstellung
Kost. Gibson in

Das Geheimnis der Köllenschlucht
und reichhaltiges Beiprogramm.

PROLETON

GABITZSTR. 20—22 HÖFCHENSTR. 49
Anfangszeit: 4.30, 6.40, 8.30 Uhr

Vom 4. bis 16. Dezember

Mordprozeß Mary Dugan Prozeß-Mary Dugan

nach dem gleichnamigen Schauspiel

Kulturfilm:

Bilder aus Irland

Im Varietéteil auf der Bühne:

Das Balance-Wunder Clifford

die einzigartige internationale Varieté-Attraktion

Fahrradstand vorhanden

Arbeiter-sport-Kartell Breslau

Sachsen

Schokoladen-Vertrieb

Bech & Werner, Zwickau

1. Filiale: Innere Schneeburger Str. 15

2. Filiale: Nordstraße 13

3. Filiale: Wilhelmstraße 49

4. Filiale: Auedere Blauesche Str. 13

Hauptgeschäft:
Wilhelmstraße II, Fernruf 2818

Groß- und Kleinverkauf

Schutzbund - Hemden

dunkelblau, mit rotem
Bänder, waschecht,
Stück RM 3.—
bei sofortiger Kasse,
Abnahme von zwei
Dutzend an liefert

Hemden-Fabrik Hundsbeutel I. Sa.

Schließbach 10

Strampfwaren Handschuhe Trikotasen

Strickbekleidung, Klobler Fabrikate

billigst bei

Chemnitzer Strampf-u. Wollwaren

Gerhard Loh,

Löbau I. S., Nicolaiplatz 1

Solas / Chaiselongues

Auflage-Matratzen

— Kauft beim Fachmann —

Solide Preise — Modernisieren
und Umarbeitung billigst

R. Steglich, altvertraute, Cuvewalde

Fahrräder

Nähmaschinen

Besten Marken

Wasch- und Wringmaschinen

Badewannen

Gustav Donath, Eibau I. S.

Fahrräder, Nähmaschinen

Radio-Apparate besten Marken

in reicher Auswahl

Albin Wenzel, Lawalde

Düsseldorf

Achtung Düsseldorf

Besuchen Sie die Restauration

Metallarbeiterheim

Dalsberger Straße 5

Jeden Sonntag Konzert

Restaurant Taunus Düsseldorf Wehrhahn 70

Verkehrs- und
Versammlungslokal d. S.A.P.

Gut gepflegte Speisen und Getränke

Inhaber Wilhelm Ratte

Jugendheim Volks aus Ratingen

Samstag, 5. und Sonntag, 6. 12. 31

Eröffnung des Heimes der Ratinger Arbeiterschaft

In allen Räumen

musikalische
Darbietungen

Kein Preisschlag.

Es ladet ein

Die Verwaltung. Der Oekonom

Für den Aufbau der Parteiorganisation

brauchen wir Geld! Freiwillige
Spenden werden daher jederzeit
dankbar entgegengenommen.

Spenden für die Organisation sendet an Post-
scheckkonto Leipzig Nr. 41679 (Max Seydewitz)

Volksbühne

Thesi a. Bielefeld.

D. I. Norden 2946

8 Uhr

Hans Albers

in

Liliom

Frankfurter „Klassenkampf“-Leser

kaufen die neueste Nummer

MONATSSCHRIFT



sowie alle Parteiliteratur, SAZ und SWZ
Rudolfstraße 22

Werbt für die SAZ!